

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepal. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 858 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, II. — Fernsprech-Anschluß Nord 8635—9994

### Die Tagung des IOB. in Berlin.

In der Zeit vom 18. bis 21. Januar 1928 tagten im Berliner Gewerkschaftshause der Vorstand und Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die internationalen Berufssekretäre nahmen an der Tagung teil. Aus der Schweiz traf die Nachricht ein, daß der Generalsekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Karl Dürr, langjähriges Mitglied des Ausschusses des IOB. plötzlich gestorben sei.

Johnauz eröffnete die Tagung. Er hofft, daß sie ihre Aufgabe, die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, zu einer glücklichen Lösung führt. Die Verhandlungen über die Reorganisationsfragen drehen sich zunächst um die Sitzverlegung des IOB. und die Besetzung des Bureaus des IOB. Der Genosse Sassenbach hat sich bereit erklärt, den Posten des Generalsekretärs solange weiter zu führen, bis ein Nachfolger für ihn gefunden ist. Der Vorstand ist damit einverstanden und dankt Sassenbach für seine Bereitwilligkeit.

Die englische Delegation bringt Brüssel als künftigen Sitz des IOB. in Vorschlag. Zur Prüfung der Reorganisationsvorschläge wird eine Kommission von sieben Mitgliedern in Vorschlag gebracht, und zwar je ein Mitglied aus Deutschland, England, den lateinischen Ländern, Österreich, Schweiz, Skandinavien, den slawischen Ländern und Holland. Mit beratender Stimme werden die Genossen Johnauz und Sassenbach hinzugezogen.

Die Kommission wird gebildet aus den Genossen Hicks, Hueber, Grafmann, Lanyerle, Jakobsen, Stenhuis und Buillon. Die Verhandlungen wenden sich dann dem zweiten Punkte der Tagesordnung zu: Vorbereitung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

Genosse Johnauz führt hierzu aus, daß der Vorstand von allen Klagen auf diesem Gebiete Kenntnis genommen habe. Es handle sich weniger um die Organisation der Konferenz, als um prinzipielle Punkte, in deren Auswahl sich verschiedene Gegenstände gezeigt haben. Es sei sehr schwierig, die verschiedenen Meinungen bei der Festsetzung der Tagesordnung auszugleichen.

Bei der Behandlung der Minimallohnfrage auf der vorjährigen Konferenz seien darüber prinzipielle Gegensätze hervorgetreten, ob Minimallohne für alle Berufe oder nur für Heimarbeiter festzusetzen seien. Der IOB. habe die Aufgabe, in derartigen prinzipiellen Streitfragen einen Mittelweg zu finden. Den Vorbereitungen der Konferenzen sei größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.

Aus den verschiedenen Meinungsäußerungen habe der Vorstand von Fall zu Fall eine gemeinsame Richtlinie zu ziehen, die dann für die Vertreter in Genf maßgebend sein soll. Den internationalen Richtlinien soll der Vorzug vor den nationalen gegeben werden.

Johnauz hat gehofft, daß die Mitarbeit des Genossen Dudgeest im IOB. erhalten werden könne. Leider sei dies nicht möglich. Das Mandat Dudgeests läuft im Mai dieses Jahres ab.

Hueber beklagt, daß es bisher immer noch nicht gelungen ist, die deutsche Sprache als Amtssprache einzuführen. Das sei ein ganz unhaltbarer Zustand, der auf die Dauer immer unerträglicher werde. Die deutsch-sprechenden Arbeitervertreter, die Deutschen, Österreicher, Skandinavier, Holländer, Polen, Ungarn und Bulgaren bedienen sich der deutschen Sprache, und sie müssen Gelegenheit haben, die Vorlagen in deutscher Sprache studieren zu können.

Zur Frage der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit erklärt Hueber, daß die Vertreter im Internationalen Arbeitsamt der Arbeiterschaft nicht alles parlamentarisch auf dem Teller bringen können. Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen und müssen nach wie vor jeden Fortschritt erkämpfen. Da der Genosse Merkenz bisher im IOB. vieles geleistet habe, schlage er ihn als Nachfolger Dudgeests vor. Dieser Vorschlag wird auch von anderer Seite empfohlen.

Im weiteren Verlauf der Debatte führte Tomshaw, Sekretär der Textilarbeiter-Internationale, aus, es sei ein großer Nachteil, daß die deutsche Sprache in Genf nicht offiziell zugelassen ist. Es sei weniger die Aufgabe der deutschen, als die der französischen und englischen Genossen, auf die Beseitigung dieses schändlichen Zustandes hinzuwirken.

Man könne von Genf kein Wunder erwarten, doch müsse im Rahmen des Möglichen geschehen, was getan werden kann.

Auch in der Frage der Minimallohne müsse zwischen Idealen und Realitäten unterschieden werden. Das Minimum müsse für schwache Organisationen gelten, die darauf weiterbauen könnten. Starke Organisationen können das Minimum leicht höher heben. Man müsse sich mit der Festlegung allgemeiner Richtlinien begnügen und es im übrigen den Delegierten in Genf überlassen, den Verhältnissen entsprechend zu verfahren.

Leipart (Deutschland) führt aus, das Internationale Arbeitsamt könne auf sozialpolitischem Gebiete keine Fortschritte machen, wenn es sich nicht auf die Gewerkschaften stützen kann. Und es werde diese Unterstützung nicht in ge-

hörigem Maße finden können, wenn die auf die deutsche Sprache als Verhandlungssprache angewiesenen Kreise nicht die Möglichkeit haben, die Anregungen und Publikationen des IOB. zu verfolgen.

Leipart entwickelt dann die vom Vorstande des IOB. gedachte Regelung der Zusammenarbeit des IOB. mit den Vertretern in Genf.

In der Frage der gesetzlichen Mindestlöhne legt Leipart den Standpunkt der deutschen Gewerkschaften dar, die jede Festlegung über die Heimarbeit hinaus entschieden ablehnen und nicht den kleinen Finger dazu bieten, sich die Lohnfestsetzung aus der Hand winden zu lassen.

Genosse Merkenz verbreitet sich in längeren Ausführungen interner Natur über die Arbeiten in Genf und die mancherlei Schwierigkeiten, denen sie begegnen. Er hält es nicht für zweckmäßig, hier eine bestimmte Persönlichkeit zu

Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten betrug nach dieser Aufstellung von Januar bis September 1927 289 826, gegen 44 302 1926 und 169 868 in der Vorkriegszeit. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten höher war, als selbst in der Vorkriegszeit. Dagegen ist die Zahl der Streiks und Ausperrungen geringer als vor dem Kriege. Aus dieser Gegenüberstellung und aus dem scheinbaren Widerspruch dürfte hervorgehen, daß die Tarifgebiete in der Nachkriegszeit bedeutend größer sind als dazumal und mehr Arbeiter von einem Tarifvertrage erfasst werden. Man bedenke, daß wir jetzt ein ausgedehntes Schlichtungsverfahren haben, welches vor dem Kriege nicht vorhanden war. Trotz diesem Schlichtungsverfahren mußte diese große Anzahl von Kämpfen durchgeführt werden. Interessant ist auch die Zahl der verlorenen Arbeitstage bei Arbeitskämpfen. Sie spiegelt sich in folgender Tabelle wider:

Zahl der verlorenen Arbeitstage bei Arbeitskämpfen:			
Vierteljahrsdurchschnitt 1899/1913			
	1926	1927	
1. Vierteljahr	2 001 899	557 838	1 041 132
2. Vierteljahr	2 001 899	290 754	1 085 674
3. Vierteljahr	2 001 899	226 848	1 179 148
	6 005 097	1 075 440	3 305 954

Es gibt Leute, die nur mit einem Rielenmundwerk Arbeiterinteressen „vertreten“. Diese Leute ziehen aus den vorstehenden Zahlen den Schluß: Es ist nichts getan worden. Vernünftige Leute erkennen an dieser Zahlenentwicklung einmal den großen Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, zum anderen wissen sie, daß solche Zahlen nicht ganz unabhängig sind von der jeweiligen Wirtschaftskonjunktur.

Was wird das Jahr 1928 bringen? Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um voraussehen zu können, daß auch das neue Jahr noch reich an Kämpfen und Auseinandersetzungen sein wird. Im Frühjahr dieses Jahres laufen eine ganze Reihe Tarifverträge ab.

Es laufen ab:  
am 31. März 1928 ... 72 Tarifverträge mit 2 300 000 Arbeitern  
am 30. April 1928 ... 43 Tarifverträge mit 800 000 Arbeitern  
Diese Zahlen zeigen deutlich, welche Umsatzen von Arbeit in diesem Frühjahr von den Gewerkschaften geleistet werden muß, um die abgelaufenen Tarifverträge zu erneuern. Auch die Schlichtungsbehörden werden alle Hände voll zu tun bekommen.

Was ergibt sich daraus? Daraus geht klar hervor, daß eine Stärkung der Gewerkschaften unter allen Umständen notwendig ist, nicht nur Verschlechterungen abzuwehren, sondern darüber hinaus Erfolge zu erzielen. Jeder Gewerkschaftskollege sollte deshalb aus den Kämpfen des Jahres 1927 lernen, und sich die Verhältnisse im Jahre 1928 klar vor Augen halten. Dann wird er von selbst wissen, was er zu tun hat.

### Der Fabrikarbeiterverband und der Industrieschutzverband.

Der Deutsche Industrieschutzverband Dresden, die bekannte Streikentschädigungsorganisation der Unternehmer, versendet ihre Werbeschriften an die noch fernstehenden Unternehmer. Dieser Industrieschutzverband erhebt keine festen Beiträge, sondern vereinbart sie mit jeder Firma. Bei Streiks erhält die bestreikte Firma als Entschädigung vom vierten Streiktag an täglich 33 1/3 Prozent des vereinbarten Jahresbeitrages, d. h. also des Mitgliedsbeitrages. Ist z. B. der Jahresbeitrag 300 Mk., so beträgt die tägliche Streikentschädigung 100 Mk. Der Industrieschutzverband zählt nach den Angaben im Werbematerial 17 000 Mitglieder und hat 2 1/2 Millionen Mark Deckungsmittel. Um die Unternehmer zum Beitritt zu bewegen, werden die Zahlen über unsere im ersten Halbjahr 1927 geführten Lohnbewegungen aus der Nr. 40 des „Proletariats“ 1927 zitiert. Auch was der Industrieschutzverband an einzelne Firmen gezahlt hat, führt er an. Hier einige Beispiele:

Mitgl. Nr.	Branch	Ort	Jahresbeitrag Mark	Entschädigung Mark
357	Glasfabrik	Prodnig	584	17 112
2056	Porzellanfabrik	Eisenberg (S.-A.)	232	4 000
2055	Porzellanfabrik	Eisenberg (S.-A.)	701	6 500
25-3	Glasfabrik	Saßau (Schl.)	255	4 800
6903	Zuckerfabrik	Wobau	1125	9 500
158	Kapfabrik	Forchdorf	164	6 000
1294	Glasfabrik	Kaujcha	192	4 000
1248	Glasfabrik	Kaujcha	119	3 537
1247	Glasfabrik	Kaujcha	50	5 500
7696	Spiegelglasfabrik	Wobau	300	4 500
4129	Spiegelglasfabrik	Wobau	255	4 000
1584	Glasfabrik	Rein-Lettau	49	5 000

Welche Schlüsse haben wir aus dem hier zitierten Unternehmeragitationsmaterial zu ziehen? Daß wir unter Anspannung aller verfügbaren fähigen Kräfte die Agitation mit Hochdruck betreiben müssen.

## Nicht

dadurch agitiert man und baut Organisationen auf und aus, daß man fortgesetzt die Gewerkschaften und deren Führer verleumdet. Durch eine solche Praxis wird der Verband

## zerschlagen,

weil ja bei den Unorganisierten und bei den noch nicht genügend aufgeklärten Verhandlungsmittgliedern Mißtrauen und Abneigung gegen die Gewerkschaften geweckt und gefördert werden. Nicht bössartige Verleumdung

## sondern

Hervorhebung all des Guten und Vorteilhaften der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft wirkt werbend für den Verband. Wer glaubt, durch gehässige Verleumdungen Gewerkschaften

## aufbauen

zu können, auf dessen Agitationsarbeit verzichten wir gern. Nur ehrliche, von der hohen Mission der Gewerkschaften überzeugte Mitarbeiter heißen wir in der Agitation willkommen.

nennen, so sehr das ihm bekundete Vertrauen ihn ehre. Er ist natürlich einverstanden, der deutschen Sprache als Verhandlungssprache zur Anerkennung zu verhelfen, weiß jedoch auf entgegenstehende Hemmnisse hin.

Ohne Diskussion wird hierauf eine von Hicks vorgelegte Resolution angenommen. Es sollen allgemeine Richtlinien zu einer besseren Zusammenarbeit aufgestellt und auf eine gehörige Disziplin hingewirkt werden.

Zur Sprache kommt dann die Unterstützung der italienischen Gewerkschaftsbewegung, die bekanntlich ihren Sitz in Paris hat. Die Landeszentrale, die der Genosse Buorri vertritt, hat eine eingehende Schilderung ihrer Situation gegeben.

Genosse Käppler, der Sekretär der Bauarbeiter-Internationale, befürwortet eindringlich die finanzielle Unterstützung der italienischen Landeszentrale in Paris.

Genosse Sassenbach gibt ein Bild über die unabwehrbaren Verhältnisse in Italien, die eine weitere Unterstützung der Landeszentrale in Paris erforderlich machen. Der internationale Sekretär der Lederarbeiter, Genosse Simon (Nürnberg) tritt für eine gemeinsame Unterstützung durch die internationalen Berufssekretariate ein. Der Vertreter der niederländischen Landeszentrale, Genosse Stenhuis, erwartet einen Vorschlag des Vorstandes.

(Über den weiteren Verlauf werden wir in der nächsten Nummer des „Proletariats“ berichten.)

### Agitation und Aufklärung tun not.

Das Jahr 1927 war eine Zeit gewerkschaftlicher Aktivität. In welcher Weise sich die Gewerkschaften für ihre Mitglieder einsetzten, ist aus der Zahl der Arbeitskämpfe zu ersehen:

Zahl der Arbeitskämpfe		Zahl der Streikenden und Ausgesperrten	
1899/1913	1927	1899/1913	1927
durchschnitt			
1926 1. Vierteljahr	529	58 656	21 421
1926 2. Vierteljahr	80	11 171	11 800
1926 3. Vierteljahr	109	51 229	132 558
1926 4. Vierteljahr	100	95 814	61 454
1927 1. Vierteljahr	70		
1927 2. Vierteljahr	92		
1927 3. Vierteljahr	271		
1927 4. Vierteljahr	187		

### Die verarmten Industriellen.

Bereits früher und auch wieder in der Nr. 2 des „Proletariats“ vom 14. Januar 1928 wurde in dem Spitzartikel „Vergangenes“ hervorgehoben, daß die fortgeschrittenen Klagen der Unternehmer bzw. ihrer Verbände über ihre Armut nicht ernst zu nehmen seien. Diese Ansicht ist heute schon Allgemeingut geworden, selbst die Herren Schlichter und das Reichsarbeitsministerium trauen den Beteuerungen der Industriellen, und ihrer Vertreter nicht mehr, seitdem sie mehrere Male heringelegt worden sind. Da ist ein Artikel von Professor Emil Lederer (Heidelberg) von großem Wert, der zu der gleichen, und speziell zu der Frage Stellung nimmt, ob das Jahr 1927 ein Jahr der Scheinkonjunktur war, wie von interessierter Seite verbreitet wird. Professor Lederer schreibt:

In den Erörterungen über die allgemeine Wirtschaftslage konnte man gegen Ende des eben vergangenen Jahres immer wieder außerordentlich pessimistische Stimmen hören: das deutsche Volk lebe über seine Verhältnisse; es verbräube mehr als es erzeuge; die passive Handelsbilanz sei ein Beweis für die fortschreitende Verarmung. Die Hereinnahme großer Auslandskapitalien, die steigenden Reparationslasten wurden als weiterer Beweis für diese Diagnose angeführt, und das Vorgehen des Reichsbankpräsidenten, das die Konjunktur droffelte, fand schließlich seine Begründung gleichfalls in den Besorgnissen, welche die passive Handelsbilanz auslöste. War 1927 aber wirklich ein Jahr der Scheinkonjunktur, ging der Konsum wirklich auf Kosten der Substanz, bedeutete die Verschuldung wirklich eine Verschlechterung der Gesamtlage? Hat das deutsche Volk wirklich „über seine Verhältnisse gelebt“, d. h. auf die breite Masse hin angewendet: waren die Löhne zu hoch, sind die sozialen Lasten eine Gefahr, muß eine Einschränkung der Lebenshaltung eintreten, um ein schnelles Hinabgleiten in den Bankrott zu verhüten?

Zweifellos ist der Verbrauch mancher Volksschichten im Jahre 1927 stärker gewachsen als die Gesamtproduktion — also rascher als mit volkswirtschaftlichen Interessen vereinbar ist. Man braucht nur die Ziffern für die Einfuhr der Automobile und hochwertigen Luxusprodukte anzusehen. Nicht nur in den Großstädten, auch in den Mittel- und Kleinstädten kann man ohne weiteres feststellen, daß sich der Lebensstandard der Oberschichten in den letzten zwei Jahren, also verglichen etwa mit 1925, außerordentlich gehoben hat. In den Formen der Geselligkeit, in der Kleidung, im Reiseverkehr, in der Ernährung zeigt sich das auf Schritt und Tritt. Es wäre auch unmöglich, das innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses zu verhindern. Der hohe Verbrauch dieser Schichten im Jahre 1927 war aber nur ein Zeichen dafür, daß sich die Geschäftslage gebessert hat. Dabei mag der Unternehmerkonsum das richtige Maß überschritten haben. Das wird sich aber innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses niemals ganz vermeiden lassen. Man kann doch die erfolgreichen Unternehmer nicht unter Kuratel setzen, und man kann nicht vorschreiben, welches Teil seines „Gehalts“ der Generaldirektor verbrauchen darf, welches Teil er zurückzuliegen hat.

Wie der Gesamtabschluss des Jahres 1927 zu werten ist, das geht man mit großer Klarheit aus dem Bericht der Reichskreditgesellschaft über Deutschlands Wirtschaftslage an der Jahreswende 1927/28 hervor. Diese vorzügliche Übersicht führt auf einem sehr breiten, amüslichen und privaten Material, u. a. auf den Daten des Konjunkturinstituts, und stellt wohl — neben den Übersichtartikeln der großen Presse — eine der wertvollsten Leistungen zur Erkennung unserer Wirtschaftslage dar, deren Studium jedem Wirtschaftspolitiker, ebenso aber den verantwortlichen Leitern unserer Wirtschaftspolitik auf das eindringlichste empfohlen werden kann. Was sind die Hauptergebnisse dieser Darstellung?

1. Das Jahr 1927 war ein Jahr des Aufbaus. Da nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von 1925 drei Fünftel aller in der Industrie und im Handwerk

arbeitenden Personen und drei Viertel der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Pferdekräfte mit der Herstellung von Anlagegütern beschäftigt sind, da die Produktion im ganzen in einer großen Reihe von Industriezweigen das Ausmaß von 1913 überschritten hat, und da endlich die Ausfuhr, auch von Produktionsmitteln, noch nicht einmal nach dem Stand von 1913 ist, so ergibt sich daraus (schon indirekt der Schluß, daß der deutsche Wirtschaftsapparat, in Landwirtschaft wie Industrie, sich im Jahre 1927 sehr stark ausgebaut hat, zum Teil mit Hilfe von Auslandskrediten. (Welche Rolle diese dabei spielten, darüber siehe unten unter 4.)

2. Der Produktionsindex (nach dem Institut für Konjunkturforschung) ist in vielen wichtigen Industrien rascher gestiegen, als man allgemein annahm. So der Inlandsabsatz von Kohle im Monatsdurchschnitt etwa um 2—3 Prozent (wobei die beträchtlichen Fortschritte in der Wärmeausnutzung nicht berücksichtigt sind); noch bedeutender war die Steigerung der Rohheizerzeugung (gegenüber 1913) um durchschnittlich 20 Prozent (im Jahre 1926 war die Rohheizerzeugung noch um 12 Prozent geringer als 1913); und der Rohstahlerzeugung um durchschnittlich sogar 38 Prozent. Der Inlandsabsatz an Roh Eisen und Rohstahl war im Jahre 1927 um mehr als die Hälfte größer als 1926. In der Tat eine beispiellose Steigerung der Produktion und des Absatzes, welche von der Industrie zwar als „Mengenkonjunktur“ bezeichnet wird, aber zweifellos auch große Gewinnmöglichkeiten in sich schließt, wenngleich die Gewinne nicht zur Ausschüttung gelangten, sondern in den Betrieben verwertet wurden. Diese außerordentlich gesteigerte Produktion erfolgte wie gesagt für den Inlandsabsatz, der fast die ganze Produktion verschlang und z. B. im November 1927, im stärksten Verbrauchsmonat des ganzen Jahres, fast das Doppelte des durchschnittlichen Inlandsmonatsverbrauches des Jahres 1926 betrug. Der Ausführüberschuß von Eisen und Stahl war dagegen sehr gering, in zwei Monaten, im Juli und November war die Eiseneinfuhr sogar größer als die Ausfuhr.

Der Anteil von Kohle und Eisen an der Gesamtproduktion war also 1927 sicherlich weitaus größer als in den beiden vorangegangenen Jahren — er war vielleicht größer als irgend einmal in der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Eisen aber kann man nicht essen. Es wird verkauft, in Maschinen umgewandelt, zu Werkzeugen umgeformt usw., und es dient zur Erzeugung von Verbrauchsgütern. Da die deutsche Volkswirtschaft diese Investitionen brauchte, d. h. wirtschaftlicher Weise mit Aussicht auf Gewinn, selbst bei dem höheren Zinsfuß vornehmen konnte, wäre es offenbar unrichtig gewesen, sie zu unterlassen.

Diese wahrscheinlich schon infolge des technischen Fortschritts in den großen Industriestaaten, besonders in den Vereinigten Staaten, notwendigen umfangreichen Neuanlagen erforderten jedoch: Hineinziehung einer großen Arbeitermasse, welche bis dahin arbeitslos war (die Arbeitslosenziffer sank im Laufe des Jahres 1927, verglichen mit den analogen Monaten des Vorjahres um etwa eine Million) und eine gewisse Steigerung der Löhne. Dementsprechend mußte der Konsum auch steigen. Da die Ernte im Jahre 1926 (welche ja für den Verbrauch des Wirtschaftsjahres 1927 in erster Linie in Frage kommt) kaum höher lag als der Durchschnitt 1920/25, und etwa ein Drittel niedriger war als im Durchschnitt der Jahre 1911/13, waren erhebliche Einfuhren notwendig.

So ergab sich daraus die Wahl: entweder auf die Anlagen verzichteten bzw. sie außerordentlich einschränkten, und dafür mit großem Aufwand die Lebensmittelerzeugung steigern, d. h. also den Wirtschaftsprozess weniger rasch entwickeln, weniger rasch ausbauen, und im ganzen schlechter leben — oder die Investitionen vornehmen und das für sie notwendige Kapital aus dem Auslande beschaffen. Dieses „Kapital“, das in Deutschland im Jahre 1927 „fehlt“, bestand seinem Realinhalt nach nicht in Produktionsmitteln, welche vielmehr gerade in Deutschland erzeugt werden konnten,

sondern in Lebensmitteln und sonstigen Verbrauchsgütern für die Produzenten (Arbeiter und Unternehmer). Die Heranziehung von Auslandskapital war daher bei raschem Ausbau der Produktionskräfte unentbehrlich. Es hat die oben erwähnten außerordentlichen Produktionssteigerungen erst ermöglicht, es hat den Ausbau der Fertigungsindustrie vor allem erst möglich gemacht, und es hat durch relative Senkung des Zinsfußes die Entfaltung der Unternehmungslust und die Prosperität der bereits bestehenden Unternehmungen gesteigert.

3. Die Industrie freilich, welche auf der einen Seite das Auslandskapital selbst in großem Maßstab heranzog, glaubte auf der anderen Seite darauf hinweisen zu müssen, daß die Kapitalbildung in höherem Maße im Inland stattfinden soll. Das wäre nur möglich gewesen durch einen Druck auf die Löhne. Wie steht es nun mit den Löhnen?

Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts haben sich die Stundenlöhne gelernter Arbeiter im Durchschnitt aus 12 Kategorien gebildet von 130 im Jahre 1925 auf etwa 150 bis zum November 1927 hin gesteigert. Da gleichzeitig die Lebenshaltungskosten von etwa 140 auf 150 stiegen, so stieg der Reallohn in den letzten zwei Jahren im Durchschnitt etwa um 8 Prozent. In der gleichen Zeit sind die Arbeitsleistungen in zahlreichen Industrien weitaus stärker gestiegen, so im Ruhrkohlenbergbau um 20 Prozent, in der Roh Eisen- und Rohstahlproduktion um mehr als 40 Prozent, im Maschinenbau um etwa 45 Prozent, bei der Reichsbahn um 18 Prozent. Wenngleich alle diese Mehrleistungen erhebliche Investitionen erforderten, so bedeuten sie eben doch Steigerungen des Sozialprodukts auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, die auf die Dauer gesehen Konsumsteigerungen mit sich bringen müssen, sobald das Investitionstempo zu einem gewissen Beharrungszustand gekommen ist. Es scheint also im großen ganzen der Massenverbrauch bereits die Vorkriegshöhe erreicht zu haben, er ist aber sicherlich nicht wesentlich darüber hinausgegangen, auch nicht bei ungelerten Arbeitern, deren Reallohn nach dem erwähnten Bericht etwa 4 Prozent über dem Niveau des Jahres 1913 liegen. Ist es volkswirtschaftlich richtig gewesen, ja, ist es ohne Drofflung der Arbeitsluft möglich gewesen, in einem Jahr beispiellose Produktionssteigerung, welche sicherlich auch mit entsprechender Leistungssteigerung verknüpft war, den Reallohn für Gelernte noch wesentlich unter dem Niveau der Vorkriegszeit zu halten?

4. Eine Verbrauchserhöhung fand also wahrscheinlich im Jahre 1927 statt. Aber die Produktionsausdehnung war noch viel größer. Es liegt keineswegs so, daß die Mehrezeugung verbraucht wurde, oder daß gar mehr verbraucht wurde, wie manche aus den Daten der Handelsbilanz herauslesen möchten. Deutschland ist nicht verarmt, im Gegenteil, es wurde viel neues Kapital gebildet, was nur möglich war, wenn der Verbrauch hinter der Leistungssteigerung zurückblieb. In welchem Umfang fand Kapitalbildung statt?

Die Kapitalbildung erfolgte in erster Linie in der inländischen Produktion. Sie betrug nach den Schätzungen der Reichskreditgesellschaft im Jahre 1927: 12 Milliarden Mark, gegenüber 6,3 Milliarden im Jahre 1926 und 9,5 Milliarden im Jahre 1925. Freilich stand dieser Kapitalneubildung in der inneren Produktion eine erhebliche Neuverschuldung gegenüber, welche auf 4,4 Milliarden geschätzt wird. Demgemäß beträgt der Reinzuwachs an neugebildetem Kapital 7,6 Milliarden Mark, das ist erheblich mehr als in den Jahren 1926 oder 1925, in denen die Auslandsverschuldung geringer war. D. h. also: schon im Jahre 1927 war die Akkumulation gegenüber den vergangenen Jahren beschleunigt (ohne die Höhe des Jahres 1913 zu erreichen). Die Nettokapitalneubildung blieb gegenüber 1913 um etwa ein Drittel zurück; nimmt man das geborgte Kapital allerdings hinzu, so war die Kapitalneubildung in der Produktion 1927 um 10 Prozent höher als 1913. Es wurde insgesamt in Deutschland mehr gearbeitet als in irgendeinem der vorangegangenen Jahre, und die Ergebnisse dieser Arbeit wurden auch, trotz

### Halte aus!

Ein Erlebnis aus großer Zeit.

Von Linda-Linda.

„Seht mal die Maria Pawlona, schon ist sie wieder mit Kuchen unterwegs. Ich möchte bloß wissen, wo die das Mehl herachmen?“  
 „Ich auch. Unserer kauft von Pontius im Palast. Aber irgendwas etwas zu haben. Selbst bei Leuten, von denen ich genau weiß, daß sie etwas zu verkaufen haben, und dazu gut bekannt bin. Ja, Fremden geht man ja schon gar nicht —!“

„Und doch läte man besser, man ginge dorthin, denn wir wollen uns heute nichts vormachen. Schreiben ist heute groß und klein. Der eine eben im großen, der andere im kleinen. Nicht alle, aber die meisten sagen: Gib man her, alles was du hast, das übrige kannst du behalten. — Die lieben Bekannten! Von aus die Wechselpreise zu nehmen, schämen sie sich, lieber schaffen sie es nach auswärts. Du aber sagen sie einfach: Wir haben nichts mehr! Und damit sind sie doch los. — Aber die Pawlonas die Pawlonas, wo die das bloß herachmen, woher bloß? Die müssen doch noch immer irgendwas an der Hand haben, der ihnen noch etwas besorgt!“

„Meinst du? — Nun, ich will nichts gesagt haben. Aber mit rechten Dingen geht das nicht zu —!“  
 „So — ja. Aber ich sehe es dir an. Du weißt mehr. Wir kauft es es ruhig sagen.“

„Nun, viel weiß ich auch nicht. Nur was mir die Wamowski erzählt hat. Du weißt, die im selben Hause wohnt. Der Pawlona ist doch künftiger auf dem Präfektenamt drüber in Ostrowice —!“  
 „Was? — Künftiger auf dem Präfektenamt. — Hat! Nun weiß ich genug —!“

„Ja, ja. Und dazu noch auf der Mehlverteilungstelle.“  
 „Ja, nun weiß ich Bescheid. Da werden wohl so manche zeha Pfund so heimlich vertrieben.“

„Was sagst du, 10 Pfund? — Oh du liebe Erbschaft! — Mit dem Wagen sind sie vorgeschoben, wie die Wamowski sagt. Bei Nacht natürlich. Und schwer haben sie nach oben gekloppt.“

„Oh! Und das hat keiner der Polizei gemeldet?“  
 „Wer denn? — Die im Hause haben es und zu etwas von gekriegt, und amren Tischen steht man es doch, wenn sie der Polizei mal ein Schmeißchen schenken. Warum sollen die Herren Nichtstuer immer alles haben —?“

„Ja, warum?“

So ging die Unterhaltung noch eine ganze Weile fort, bis sich die beiden guten Frauen endlich trennten. Die eine, Frau Michelson, ging hinunter ihres Weges. Wenn ihr das doch auch einmal geboten würde. Immer und immer blieb die schmalen Nasen und die „manchmal noch nicht. Zu Hause waren sieben hungrige Kinder, die gefüllt sein wollten. Der Mann seit Jahren im Gefolge, der a. und zu auch eine Beigabe verlangte zu der schmalen Feldhoff.

Seit Jahren war dieser unselige Krieg im Gange. Rings das kleine Land von Feinden umstellt und immer neue kamen dazu. Noch immer sprach man von Durchhalten und endlichem Sieg. Ob wohl diejenigen selbst noch daran glaubten, die es tagtäglich predigten?

Und wie das so geht. Für sich behalten können die Frauen selten etwas. So ging es auch Frau Michelson. Hätte sie doch eine Stunde begangen an der lieben Frau Nachbarn, hätte sie es ihr vorenthalten, was sie soeben gehört. Eine sagt es der anderen.

So kam es, daß es auch einer jener Unabhängigen erfuhr, der zu seinen vielen Heldentaten noch die eine hinzufügte: dem Vaterlande irgendwo viele Zentner Mehl gerettet zu haben. Mit heiligem Augenblick über speziell Vaterlandsliebe eilte er zur Polizei, um über das Auerhörte Bericht zu erstatten.

Bald war denn auch einer von der geheimen Kriminalpolizei nach Pawlonas Wohnung unterwegs. Er klingelte Frau Pawlona selbst öffnete die Tür.

„Guten Morgen!“  
 „Guten Morgen! — Sie wünschen!“

„Sie werden entschuldigen, sind Sie Frau Pawlona?“  
 Die Frau blickte ihrem Gegenüber erkennend fragend ins Antlitz. „Ja — das bin ich.“

Da schlug der Mann seinen Überrock zurück und der Frau zeigte das Abzeichen der geheimen Polizei entgegen. Frau Pawlona erschrocken zusammen, sagte sich aber schnell. Der Beamte hatte schon die Taschen in der Hand.

„Erleben Sie, daß ich einen Augenblick eintrete. Ich muß ein paar Minuten ungehörig mit Ihnen sprechen. In einer amüslichen Angelegenheit.“

„Bitte — —!“  
 Frau Pawlona ging voran und öffnete die nächstgelegene Tür. Beide traten ein in eine kleine, gemütliche, aber sauber gehaltene Küche. Drei Kinder, im Alter von 2 bis 5 Jahren, unterbrachen ihr lebhafte Spiel, erkannten und halb ängstlich zu dem fremden Mann aufblickend. Die Mutter bedenkete ihnen, solange in die Stube hinaus zu gehen.

Inzwischen hatte die junge Frau ihre Antworten zurecht gelegt, denn sie konnte sich wohl denken, welche Angelegenheit den Beamten hergeführt hatte. Hatte sie das doch schon immer so halb und halb erwartet und gefürchtet. Als die Kinder gegangen waren, blickte sie dem Beamten voll ins Antlitz.

„Und Sie wünschen, Herr Kommissar — —?“  
 „Sagen Sie mal, Frau Pawlona, hier ist allgemein die Rede, Sie backen so viel Kuchen. — Wo haben Sie das Mehl dazu her — —?“

Prompt erfolgte die Antwort: „Das hat mein Mann gestohlen!“  
 Verblüfft schaute der Mann drein ob dieser unerwarteten Antwort. War eine Weile fast verlegen, denn sich offene Antwort erhielt er wunderselten. Ein verlegenes Zeugnen und Unreden war er eher gewöhnt. — Dann aber gab er sich einen Ruck.

„Gute Frau, wissen Sie, was Sie eben gesagt haben? Sie beschuldigen also Ihren Mann, Mehl gestohlen zu haben?“  
 „Wie Sie gehört haben!“

„Und wo, bitte?“  
 Streng dienstlich blickte er Frau Pawlona an. Doch diese ließ sich nicht verblüffen: „Da müssen Sie meinen Mann schon selbst fragen!“

„Wo ist Ihr Mann?“  
 „Noch auf Arbeit.“  
 „Und wann kommt er nach Hause?“  
 „Um 12 Uhr zum Mittagessen.“  
 „Ich werde dann wiederkommen, um ihn selbst zu hören!“

Kurz grüßte er und ging.  
 — — — Punkt 12 Uhr war er wieder da. „Ich werde Ihren Mann hier erwarten — —“

„Ist mir auch recht. Sehen Sie sich bitte“, und Frau Pawlona schob ihm einen alten Rohstuhl hin, den sie zuvor mit der Schürze netzartig gesäubert hatte. — — — Der Mann dankte und setzte sich ohne viele Umstände, fragte höflich, ob er rauchen dürfe, und nachdem dies bereitwilligst erlaubt worden war, stopfte er sich unflätlich eine Pfeife, zündete sie an und lehnte sich behaglich zurück.

Währenddessen legte Frau Pawlona die letzte Hand ans Mittagessen. Keiner von beiden sagte ein Wort. Jeder hing seinen eigenen Gedanken nach. Und doch waren sie bei beiden auf dasselbe Thema zugespitzt. Die Frau ein klein wenig in Sorge, wie sich ihr Mann wohl dazu stellen würde, nun, da die Geschichte zum Klappen kam. Bis jetzt hatte er mit Gleichgültigkeit dem entgegengesehen, was eines Tages unausbleiblich kommen mußte. Ob

erheblichem Luxuskonsum, keineswegs in einem bedächtigend großen Umfang verbraucht, so sehr sich auch manche Schichten neue, kostspielige Verbrauchsgewohnheiten angeeignet haben mögen. Von den Investitionen, welche aus inländischen Mitteln erfolgten (7,6 Milliarden), stammten 1 1/2 Milliarden aus Sparsamkeit — gewiß ein erheblicher Betrag, der die Bedeutung der Einkommenssteigerung breiter Schichten auch für die Kapitalbildung ins Licht stellt. (Auf die Bedeutung der Auslandsverschuldung überhaupt, ihre Größe, die Probleme der Verzinsung usw. kann hier nicht näher eingegangen werden.)

5. In dem Wirtschaftsbild fehlen aber freilich auch nicht die ungünstigen Züge. Man wird im ganzen zugeben müssen, daß es bei reichlich zufließendem Auslandskapital verhältnismäßig leicht sein muß, die inneren Wirtschaftskräfte zu entwickeln, wenn der Arbeitswille vorhanden und die allgemeinen Bedingungen für eine Ausweitung der Produktion günstige sind. Dieser Phase der Entwicklung muß aber eine andere folgen, in welcher ein Zustrom von Auslandskapital nicht mehr zu erfolgen braucht und auch nicht mehr erfolgen kann, weil der Produktionsapparat voll ausgebaut ist, und neue rentable Investitionen aus inländischer Kapitalbildung bestritten werden können. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen, in welchem die Verzinsung der Auslandsschulden erfolgen muß (auch die Reparation selbst wirkt dann voll), und in welchem eben dieser größer gewordene Produktionsapparat für das Ausland arbeiten muß. Daher muß er heute schon demarkt ausgebaut werden, daß er zugleich für den Auslandsmarkt (nicht bloß für den zollgeschützten Inlandsmarkt) leistungsfähig ist. Er muß die Entwicklung der Nachfrage auf den Auslandsmärkten berücksichtigen. Wäre das nicht der Fall, so könnte der Export nur mit unverhältnismäßigen Preisopfern erfolgen, was wiederum die Gegenmaßnahmen des mit billigen Waren überschütteten Auslandes hervorrufen würde. Die privaten Unternehmungen haben also die schwierige Aufgabe, die „richtigen“ Investitionen nicht nur mit Rücksicht auf den oft sehr gedulden, weil gefesselten Inlandsmarkt, zu schaffen, sondern auch mit Rücksicht auf den ausländischen Markt. Nur wenn das geschieht, sind die neu investierten Kapitalien wirkliche Werte, während sie sich sonst in Hinkunft eine wesentliche Herabsetzung gefallen lassen müßten. Sollte das der Fall sein, sollten auch jetzt wieder wesentliche Investitionen dieser letzten Periode sich als Fehlschläge erweisen, so wäre das nicht ein Beweis dafür, daß die Konjunktur ungesund war, daß zu viel konsumiert wurde usw., sondern nur ein Beweis dafür, daß im modernen industriekapitalistischen System bei der starken Abhängigkeit vom ausländischen Markt und der Notwendigkeit der internationalen Verflechtung, die private Unternehmungsform nicht mit der nötigen Sicherheit die Richtung und Art der Anlagen zu finden vermag. Hoffen wir, daß dieser Pessimismus, der gerade von Unternehmenseite häufig gezeigt wird, und dort allerdings immer die Tendenz hat, auf eine Lohnsenkung hinzuwirken, d. h. sich in Hungerlöhnen einen Sicherheitskoeffizienten zu schaffen, — unbegründet sein wird. Denn schließlich müßte — solange die Gesellschaft noch nicht stark genug über nicht-ben-Aut hat, eine energetische Kontrolle der Kapitalbildung und -verwendung durchzuführen, — solange sie auch noch nicht über die Organe verfügt, das zu tun — schließlich müßte die Arbeiterchaft in erster Linie in einem schweren Rückschlag mit großer Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen die relativ kurze Zeit guten Beschäftigungsgrades bezahlen.

**Verchiedene Industrien**

**Nacharbeitverbot für die Heimindustrie.**

I.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der in den Hausindustrien beschäftigten Personen haben sich im Laufe der Jahre derartig verschlechtert, daß jedes nur einigermaßen erfolgversprechende Mittel angewandt werden muß, um die

größte Notlage, in welche diese Personen geraten sind, zu beseitigen.

Es ist hier die Frage aufzuwerfen, mit welchen Mitteln den Heimarbeitern geholfen werden kann. Das Hausarbeitsgesetz vom 27. Juni 1923 reicht nicht aus, um den unter dieses Gesetz fallenden Personen genügend Schutz zu gewähren. Diese Aufgabe ist gegenwärtig herrschende Meinung. Das Hausarbeitsgesetz in seiner heutigen Form muß einer neuen Schöpfung Platz machen. Vorschläge für ein neues Hausarbeitsgesetz, das den Heimarbeitern wirklichen Schutz bringt, sind gemacht. Sie werden in den kommenden Tagen dem Reichsarbeitsministerium als Antrag zugehen. Von dem allgemeinen Inhalt dieser Vorschläge soll hier nicht die Rede sein. Darüber wird in späteren Abhandlungen das Notwendige gesagt werden.

Als vordringliche Regelung für den Heimarbeiterschutz betrachten wir den Antrag über „Arbeitszeitregelung“ für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen.

In einer Reihe arbeitsrechtlicher Gesetze sind die Heimbeschäftigten den Betriebsarbeitern als Arbeitnehmer gleichgestellt. Für das Gebiet des Arbeitszeitschutzes ist diese Gleichstellung unterblieben. Auch der vorliegende Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes betrachtet die Heimbeschäftigten nicht als Arbeitnehmer; im § 2, Abs. 2, Nr. 2 ist ausdrücklich darauf hingewiesen. Hieraus kann entnommen werden, daß vom Standpunkt des Verfassers eines Arbeitsschutzgesetzes eine Arbeitszeitregelung für die Heimbeschäftigten vorerst nicht beabsichtigt ist.

Zur Begründung dieses Standpunktes wird auf Seite 41 des 37. Sonderheftes zum Reichsarbeitsblatt gesagt:

Die Heimgewerbetreibenden sind nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes anzusehen. Es müßte für das Gebiet des Arbeitsschutzes auch von einer Gleichstellung der Heimgewerbetreibenden mit den Arbeitnehmern abgesehen werden, wie sie in einer Reihe anderer arbeitsrechtlicher Gesetze erfolgt ist. Weber sind die Bestimmungen über die Betriebsgefahren zu ihren Gunsten durchführbar, da sie in eigenen Räumen arbeiten und dem Auftraggeber eine Verantwortung für die Einrichtung des Betriebs in diesen Räumen nicht auferlegt werden kann, noch sind die sonstigen Bestimmungen des Entwurfs, insbesondere die Arbeitszeitbestimmungen, anwendbar, da eine Möglichkeit für den Arbeitgeber, Anweisungen hierüber zu erteilen und ihre Durchführung zu überwachen, nicht besteht, ihm daher auch Pflichten für die Einhaltung der Arbeitszeitbestimmungen nicht übertragen werden können. Dieses Gebiet des Heimarbeiterschutzes mußte daher im allgemeinen Arbeitsschutzgesetz unberücksichtigt bleiben. Darum waren auch die als „Arbeitnehmer“ anzusprechenden „Heimarbeiter“ von der Geltung des Entwurfs auszunehmen (§ 2 Abs. 2, Nr. 2). Soweit Arbeitnehmer dagegen in der Werkstätte eines Heimgewerbetreibenden beschäftigt werden, fällt ihre Beschäftigung selbstverständlich unter das Gesetz.

Trotz vorstehender Begründung ist die Arbeitszeitregelung für die Hausindustrie notwendig; denn es steht außer Zweifel, daß die Entwicklung der bodenständigen Hausindustrien unter dem Mangel einer geregelten Arbeitszeit leidet. Ueberlange Erwerbslosigkeit, Lohndruck, selbstmörderische Konkurrenz der Heimarbeiter unter sich, sind Feststellungen, die eng mit der Arbeitszeitfrage in der Hausindustrie verbunden sind.

Diese Zustände sind nicht allein auf Absatzstockung zurückzuführen, wie das häufig von Unternehmenseite hingestellt wird, sondern im hohen Maße auf Auswüchse einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Aber noch ein anderer Grund spricht dafür, daß die Arbeitszeit in der Hausindustrie einer gesetzlichen Regelung bedarf. Es ist die Frage der Preisbildung in den Industrien, in welche Produkte gleicher Art im Fabrikbetrieb und in der Hausindustrie hergestellt werden.

So werden zum Beispiel in der Spielwarenindustrie und im Spielwarenhandel seit Jahren in der Preisbildung Unterschiede bis zu 50 Prozent festgestellt („Wegweiser“ Nr. 48, Jahrgang 1927). In der Glashausindustrie (Christbaum-schmuck usw.) liegen die Verhältnisse, wenn auch nicht ganz so kraß, so doch ähnlich. Auch in der Kunstoffblumenindustrie ist schon wiederholt über allzu große Preisunterbietung geklagt worden. In den übrigen Hausindustrien dürften abweichende

Verhältnisse kaum oder nur vereinzelt bestehen, es sei denn, daß es sich um Hausindustriearten handelt, die den Betriebsmethoden schon näher gebracht sind. An einer solchen Entwicklung, die den Ruin der für solche Fälle in Frage kommenden Industrien bringen muß, ist die nicht geregelte Arbeitszeit für die Hausindustrie im allgemeinen mitschuldig. In die Produktion der Hausindustrie fließt zuviel unbezahlte Arbeit. Dieser Zustand wirkt bei der Preisbildung anarchisch.

Erwerbslosigkeit, Lohndruck und selbstmörderische Konkurrenz unter den Heimarbeitern werden wiederum genährt durch den Umstand, daß die Aufträge an die Hausarbeiter in der Regel sehr kurzfristig erteilt werden, so daß sich deren Erledigung unter Subtilnahme gewaltiger Überarbeit auf wenige Monate im Jahre zusammenbringt.

Die Beweggründe des Auftraggebers, die Aufträge kurzfristig herauszugeben, sind nach Auffassung vieler Kreise folgende: Der Verleger weiß, daß in der Hausindustrie gesetzliche Bestimmungen über die Arbeitszeit nicht bestehen, er weiß aber auch, daß die Heimarbeiter, nachdem sie monatelang erwerbslos gewesen, etwa angebotene Arbeit zu jedem nur halbwegs erträglichen Lohn annehmen. Schließlich weiß der Auftraggeber auch aus Erfahrung, daß er seine bestellten Waren noch rechtzeitig hereinbekommen wird; denn die Heimarbeiter arbeiten nach Auftragsherausgabe Tag und Nacht. Dieser Zustand hält in der Regel solange an, bis die Aufträge bewältigt sind.

Für den Auftraggeber bedeuten die drei vorstehenden Feststellungen Gewinn, denn er erspart Lager- und Zinsen usw. Für den Heimarbeiter bedeuten sie die Infragestellung seiner wirtschaftlichen Existenz für die Zukunft und weiteres Versinken in die bitterste Not.

Den aufgezählten Zuständen kann nur in Form einer Arbeitszeitregelung für die gesamte Hausindustrie begegnet werden. Eine solche Regelung wird in der Richtung eines generellen Nacharbeitverbotes für alle in der Hausindustrie beschäftigten Personen gesehen. Dabei wird die Auffassung vertreten, daß die Regelung der Arbeitszeitfrage für die Hausindustrie auf Grund der erneut festgestellten Verhältnisse und ihre Ursachen sich nicht länger aufschieben läßt. In welcher Form ein Nacharbeitverbot in einem neuen Hausarbeitsgesetz seinen Niederschlag finden soll, wird in einer folgenden Abhandlung über diese Frage besprochen. S. Elstein.

**Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.**

**Aus der Praxis der Abonnentenversicherung.**

Viele Menschen glauben, sie seien für alle Fälle versichert, wenn sie eine Zeitschriftenversicherung eingehen. Da ist kürzlich wieder einmal ein Arbeiter, der über zwei Jahre lang „Vobachs Familienhilfe“ bezog, eines besseren belehrt worden. Er schreibt auf seine Unfallmeldung folgenden Brief:

Wie wir aus dem uns vorliegenden ärztlichen Gutachten ersehen, waren Sie bereits zur Zeit des Unfalls mit Pforten (1) behaftet, welche vom ärztlichen Standpunkt aus als erhebliches Leiden (1) anzusehen sind. Auf Grund des § 3, Abs. 2, der für die Zeitschrift „Vobachs Familienhilfe“ maßgebenden Versicherungsbedingungen, sind jedoch solche Personen, die zur Zeit des Unfalls mit einem erheblichen Leiden oder Gebrechen behaftet sind, von der Unfallversicherung ausgeschlossen. Vorstehendem zufolge bedauern wir, Ihre Angelegenheit nicht weiter behandeln zu können und betrachten Ihre Unfallfrage für uns als endgültig erledigt.

Welche Lehre ergibt sich hieraus für alle Arbeitnehmer?

**Geschlechtskrankheiten und Betriebskrankenkassen.**

In dieser Angelegenheit erhält die Redaktion des „Proletariats“ von dem Syndikus des Verbandes der Bayerischen Betriebskrankenkassen diese Zuschrift:

Sie haben in Nr. 49/1927 S. 284 Spalte 3 einen Artikel gebracht „Geschlechtskrankheiten und Betriebskrankenkassen“, der in der Behauptung spielt, daß bei den Betriebskrankenkassen deren Mitgliedern wegen Geschlechtskrankheit wirtschaftlicher Nachteil durch Entlassung widerfährt, dieses sogar in den Fällen, in welchen die Erkrankten sich nicht über die Kranken-

er es aber auch nun tat, wo er vor Tatsachen gestellt wurde —? Der Kommissar aber lächelte still vor sich hin, zufrieden mit sich und der ganzen Welt. War mit dem Mann auch so leicht umzugehen, wie mit der Frau, so stand er vor einer leichten und dankbaren Aufgabe. Und wenn nicht? Nun, durch das Geständnis der Frau war die Sache schon halb und halb geregelt. Es mochte vielleicht 10 Minuten nach 12 Uhr sein, als schwere Tritte auf der Treppe hallten. Etwas unruhig wandte sich die Frau um: „Das wird mein Mann sein.“ Und husch war sie zur Tür hinaus — Das war eigentlich nicht so recht nach dem Sinn des Kommissars. Aber immerhin, es war nicht mehr zu ändern. Auf der obersten Treppenstufe trat Frau Pawlona ihrem Manne entgegen. Leutlich sagte dieser sie um und fragte schmunzelnd: „Na — — — Alle, hast du etwas Gutes gekocht?“ Sie streift langsam den sie umfassenden Arm von sich ab und sagte, halb ausweichend: „Was heißt heute etwas Gutes, es ist alles eine ewige Stopperei, bis man ein gedientes Mittagessen bekommen hat, und dann ist es auch immer noch so etwas ähnliches wie Leipziger Merlet — — —“ Dann schwieg sie einen Augenblick. Nicht besorgt in das lachende Gesicht des Mannes, um dann erschrocken, mit gedämpfter Stimme, fortzufahren: „Ornaten ist Besuch für dich — — —?“ Fragend blickte Pawlona: „Wer — — —?“ Einer von der Kriminal — — — Betroffen zuckte der Mann zusammen: „Doch nicht etwa wegen dem?“ „Ja — — — gerade deshalb — — —“ Eine kleine Pause. Dann richtet sich Pawlona entschlossen an. Streichelte beruhigend über die bleichen Wangen seiner Frau: „Man keine Angst, Mariankachen, das wollen wir schon ins richtige Gleis bringen — — —“ Mit festem Schritt, soweit es seine Kräfte erlaubten, schritt er auf die Küche zu, während seine Frau ihm hinterher folgte. — — — Pawlona war ein kräftlicher Mann. Anfangs der aber der leidige Krieg hatte aus dem einst kräftigen Mann einen halben Menschen gemacht. Das rechte Bein schmerzte er etwas nach, die Gelenke eines Schicksals, den er in den ersten Kriegsjahren bei Sarajewo erlitten. An der Ellbogen richtete ein Granat-schuh den linken Arm so zu, daß er heute fehlte im Armelet. Trotzdem war er noch nicht völlig erkrankt. Das bezeugte die Uniform des 30. Offiziers-Regiments Nr. 1000. Ohne Worte hatte Pawlona die Tür geöffnet und stand nun dem Beamten gegenüber. Dieser hatte sich erhoben, warf einen schnellen, forschenden Blick auf sein Gegenüber, und ging

dann, nach der üblichen Begrüßung und Vorstellung, direkt auf sein Ziel los. „Ihre Frau hat zugegeben, daß sie Mehl gestohlen haben. Stimmt das — — —?“ „Jawohl, das ist wahr — — —!“ Ohne das geringste Zögern war die Antwort erfolgt. Im gleichgültigen Tonfall. — — — Der Beamte schwieg einen Augenblick verblüfft. Eine solche Offenheit war ihm noch nicht vorgekommen. Kein stammelndes Leugnen, wie er sonst gewohnt war. Einfach klipp und klar: Jawohl, das ist wahr. Beinahe war er verlegen, wie er weiterfragen sollte. „Und wo haben Sie das Mehl her, bitte?“ „Vom Proviantamt.“ „Und wieviel?“ „Sechs Zentner.“ „Haben Sie noch davon?“ „Nun, einen Teil haben wir schon verbraucht. Zwei Zentner stehen noch hier — — —“ Pawlona öffnete die Tür zu einem kleinen Nebengewach, eine Art Vorratskammer. Dort zeigte er dem Kriminal zwei Säcke, der eine noch voll, der andere schon angebrochen. „Ist das alles, was noch übrig?“, fragte der Beamte weiter, indem er eifrig notierte. „Nein, einige Zentner habe ich und mein Kollege noch anderswo versteckt.“ Der Kriminal klappte sein Buch zu; er mußte Scheinbar genug. Wollen Sie mir bitte nach der Polizei folgen — — —“ Ruhig antwortete Pawlona: „Das kann ich. Aber Sie werden mir erlauben, daß ich zuvor einen Happen esse, mich ein bißchen wasche und anziehe — — —?“ „Das können Sie, wenn es nicht zu lange dauert!“ Pawlona setzte sich nieder zum Essen, nachdem er seiner Frau einen ermunternden Blick zugeworfen hatte, der soviel sagte: „Man keine Angst, Mutter, das wollen wir schon kriegen...!“ Diese hatte dem ganzen Verhör stillschweigend zugehört, immer verzweifelter werdend. Feste aber wieder Mut, als sie die große Jovarski ihres Mannes sah. Sie holte die Kinder herbei, und sie aßen und plauderten, als sei nichts vorgefallen. — — — Und der Beamte sah dabei und wußte nicht recht, was er daraus machen sollte. Pawlona aß in aller Gemütsruhe, wusch sich in aller Gemütsruhe und zog sich in aller Gemütsruhe an. Der Kriminal sah wie auf Kohlen und wagte doch nicht, wie er es bei jedem anderen getan hätte, diese Gemütsruhe zu stören. Diese war ihm direkt unheimlich. Endlich war Pawlona aber doch so weit. Nachdem er feiner

Frau noch einen ermunternden Blick zugeworfen hatte, hob er und der Kommissar nach der Polizei ab. Dort mußte Pawlona eine Weile warten, bis der Beamte Bericht erstattet hatte. Dann wurde er vorgelesen. Ein blaufanger Leutnant nahm ihn in Empfang, sah ihn von oben bis unten an und scharrte ihn folgendermaßen an: „Mann, Sie haben Mehl gestohlen! — — — Wissen Sie, was darauf ruht?“ Doch Pawlona ließ sich nicht aus der Ruhe bringen, noch beirren. Ruhig blickt er dem Leutnant ins Gesicht, während ein spöttisches Lächeln das eigene Antlitz überzog. „Guter Mann — — — nur nicht so laut! Ich bin doch nicht hierhergekommen, damit mir uns zanken — — —!“ Der Leutnant war baff. — — — Schon wollte er ihn weiter anschnarren und hatte den Mund schon halb aufgerissen. Aber ein gewisses Etwas in der unheimlichen Ruhe dieses Mannes ließ ihn steifen. Der Beamte hatte ihn schon darauf aufmerksam gemacht. Er hatte aber mühselig darüber gelächelt. Jetzt glaubte er beinahe selbst daran. So ließ er Pawlona ungehindert fortfahren. Dieser richtete sich höher auf: „Man beschuldigt mich, Mehl gestohlen zu haben. Jawohl, ich habe Mehl gestohlen. Ich weiß auch, daß ich dafür bestraft werde. Aber — — — und er holte unstillend ein abgegriffenes Notizbuch aus der Tasche, blätterte umständlich darin umher und hielt ein paar dicht beschriebene Seiten dem Leutnant direkt unter die Augen — — — solange diese Herren nicht bestraft werden, werde ich hoffentlich auch nicht bestraft!“ Der Leutnant starrte entsetzt auf eine Reihe von Namen. Namen, vor denen er sich verneigt hätte und wohl noch verneigen mußte, wollte er weiter auf dem sich gesteckten Ziele. Was er da las, war ungefähr folgendes: Herr Oberbürgermeister Ivanow 5 Zentner, Herr Postdirektor Wajlow 7 Zentner, Herr Polizeirat Girouitsch 4 Zentner, Herr Generalmajor Grajewer 5 Zentner — — — Und so ging es weiter, wohl an die 15 bis 20 Namen. Der Leutnant starrte und starrte. — — — War so etwas möglich? Endlich hatte er sich vom ersten Schreck erholt und sagte im gänzlich veränderten Tone: „Guter Mann, was soll das?“ „Was das soll? — — — Mann, daß die Herren ebenfalls empfangen haben, Mehl und noch andere Sachen, ebenso wie ich, bei Nacht und Nebel — — —!“ Der Leutnant fand eine Weile rasselos. Dann raffte er sich auf. Kopfte Pawlona begütigend auf die Schulter und sagte: „Pawlona, Sie können nach Hause gehen. Das Weitere werden Sie hören, wenn die Sache weiter untersucht ist — — —!“ Wochen vergingen. Doch Pawlona hörte nichts mehr und blieb gänzlich ungeschoren. Warum ??? — — — Das wissen die Götter!

hast, sondern durch die Fürsorgestellten behandeln lassen und dadurch die Krankheit geheim halten wollen. Wir bitten, zur Kenntnis zu nehmen und geeignet richtig stellen zu wollen, daß uns noch nicht ein Fall in all den Jahren bekannt wurde, daß hierwegen auf direkte oder indirekte Veranlassung der Betriebskrankenkasse oder dessen Vorstehenden ein so erkranktes Kassenmitglied entlassen wurde, daß aber wohl von Arbeitskollegen bzw. Kolleginnen leider vielfach die Entlassung ihrer von einer solchen Erkrankung betroffenen Mitkollegen bzw. -kolleginnen gefordert wurde, sogar unter Verweigerung der Weiterarbeit mit den Erkrankten. Wir stehen nicht an, ein solches Verhalten zu bedauern.

Wir möchten ausdrücklich bemerken, daß bei der Behandlung dieser Frage in der Ausschuss-Sitzung unseres Reichsverbandes am 8. Dezember in Frankfurt a. M. von den Verantwortlichen unserer Mitgliedsvereine (Führer derselben) Herr Gustav Müller, Vorstandsmittglied der Betriebskrankenkasse der Firma Osram, Berlin O 34, Memeler Straße 5, v. II) die Richtigkeit dieser Feststellung, daß nicht von dem Arbeitgeber, sondern von den Arbeitskollegen zumeist wirtschaftliche Nachteile für die Geschicktskranken zu befürchten sind, bestätigt wurde.

Außerdem bitten wir noch davon Kenntnis zu nehmen, daß allgemein für die Betriebskrankenkassen wie auch für die sonstigen Krankenkassen mit den Fürsorgestellten die Einrichtung besteht, daß bei Erhaltung durch die Fürsorgestellten die Namen der die Fürsorgestellten in Anspruch nehmenden Kassenmitglieder nicht mitgeteilt werden.

Wir nehmen von dieser Zuschrift mit Genugtuung Kenntnis.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

**Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.**  
Die Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und Wäcker haben bekanntlich beschloßen, sich zu einem Einheitsverband zu vereinigen. Die Ortsgruppen gehen bereits einander auf oder treffen die Vorbereitungen dazu. Das neue Statut tritt am 1. April 1928 in Kraft. Der neue Verband zählt zirka 140 000 Mitglieder. Die Zahl der dem DGB angeschlossenen Verbände wird geringer, die Mitgliederzahl höher.

### Genossenschaftliches.

#### Wucherische Preisdikatur.

Ein eigenartiges Erlebnis hatte der Konsumverein „Haus halt“ für Meerane und Umgegend. Dieser eröffnete am 11. November v. J. eine Spezialverteilungsstelle, in der er u. a. auch Schallplatten für 4,10 Mk., nach Abzug von 5 Proz. Rabatt für 3,90 Mk. abgab, weil er dabei bei normaler Kalkulation durchaus keine Rechnung fand und den „vorgeschriebenen“ Preis von 5 Mk. um 1,10 Mk. zu hoch hielt. Bereits am 30. November erhielt der Verein von der juristischen Abteilung der Carl-Lindström-A.-G., Berlin, einen eingeschriebenen Brief betr. „Preisunterbietung“. In diesem Briefe wurde bei Androhung jeder Lieferungsentziehung vom Konsumverein verlangt, sich „strikt“ an die von der Firma „vorgeschriebenen Preise“ zu halten und einen neuen Verpflichtungsschein zu unterschreiben, der u. a. eine Vertragsminderstrafe von 100 Mk. für jeden Übertretungsfall und für jede Schallplatte und jeden Sprechapparat vorsieht. Der durch die Preisliste vorgeschriebene Aufschlag auf den Einkaufspreis, der den Verdienst des Kleinhändlers darstellt, beträgt bis zu 57,2 Prozent. Selbstverständlich lehnte die Genossenschaft die Unterzeichnung des Reverses grundsätzlich ab und teilte der Firma mit, daß sie ihr nicht gestatten könne, dem Konsumverein Vorschriften über die Führung seiner Geschäfte zu machen; sie sei Vertreterin der Interessen organisierter Verbraucher und bestimme deshalb selbst, welche Abgabepreise sie für angemessen halte. Darauf erhielt der Verein wiederum einen Brief, den er nicht beantwortete, weil er es nicht verdiente. Die Firma erlaubte sich darin die Bemerkung, daß das Schleiern von Markenartikeln grundsätzlich sittenwidrig sei, sie schloß den Konsumverein zugleich vom Bezug ihrer sämtlichen Sprechapparate und Schallplattenmarken aus, indem sie ihre Zwischenhändler verpflichtete, die Konsumgenossenschaft nicht weiter mit ihren Fabrikaten zu beliefern. Schließlich machte die Firma noch darauf aufmerksam, daß die Genossenschaft trotz der Sperre ihre sämtlichen Fabrikate nicht unter den von der Firma vorgeschriebenen Preisen verkaufen dürfe. In diesem eklatanten Fall einer Preisdikatur sagt die Konsumgenossenschaftliche Rundschau dieses: Die „juristische“ Abteilung der Carl-Lindström-A.-G. muß von der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung eine unglücklich schlechte Meinung haben, wenn sie es für möglich hält, daß ein Gericht jemand deswegen verurteilen könnte, weil er sich weigert, Preise zu nehmen, die ihm selbst sittenwidrig und wucherisch erscheinen. Aber solche Auffassungen zeigen, daß allerdings in der Gesetzgebung Lücken bestehen: es fehlt eine Bestimmung, die den ins Gefängnis führt, der seine wirtschaftliche Machtstellung dazu mißbraucht, Mißverhältnisse zu Handlungen oder Unterlassungen zu nötigen, die diese für sittenwidrig halten. Wir erwarten von der Gesetzgebung, daß sie diesem warenverfeuernden Treiben des vertriebenen Fabrikanten- und Händlertums schärfen im Interesse der Verbraucher durch scharfe Strafbestimmungen einen Riegel vorschiebt. Wohin geraten wir, wenn die Unterbietung der Rechts- und Sittenbestimmungen so weit geht, daß man ganz öffentlich die Weigerung, den Preis für die Waren nach Möglichkeit zu verkaufen, als sittenwidrig zu bezeichnen wegen darf?

### Rundschau.

**Freis und rechts vom Zentrum.**  
Die Zentrumspartei hat ihr Zentrum verloren. Der erste Schritt, die Arbeiterpartei, lehnt sich auf gegen den denkschriftlichen rechten Zentrumspartei, gegen die Bezugsstellen, Fabrikanten, Großvertrieber und Konjunktur. Die Arbeiterpartei will sich nicht mehr an der Nase herumführen lassen. Der Bergarbeiterverband und Zentrumsgewerkschaften sagten am 13. Januar in einer Verammlung:  
Heute seien es manche Kreise, wie Akademiker, Beamte, Funktionäre usw., die innerlich dem Zentrum fernstehen, zur Partei ge-

## Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Januar 1928.

Der Schluß des Jahres hat eine außerordentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit gebracht, die sehr erheblich über die erwartete jahreszeitliche Verschlechterung hinausgeht. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrug am 1. Januar 1928 die Zahl der Arbeitslosenversicherung unterworfenen Erwerbslosen (einschl. Krisenunterstützte) 1 400 000, was gegen den niedrigsten Stand vom 15. Oktober 1927 von 442 000 eine Steigerung von fast einer ganzen Million bedeutet. Gegenüber dem 1. Dezember heftig die Steigerung 850 000. Die Arbeitslosigkeit ist weit mehr gestiegen, als sachverständige Beurteiler der Wirtschaft, von denen eine jahreszeitmäßige Steigerung von etwa 1/2 Million angenommen wurde, erwartet haben.

Im allgemeinen ist die volkswirtschaftliche Betrachtung geneigt, die Steigerung der Arbeitslosigkeit hauptsächlich auf die jahreszeitlichen Schwankungen zurückzuführen: Auf den Beschäftigungsrückgang in den Industrien, die für den Weihnachtsbedarf arbeiten,

auf die Arbeiterentlassungen im Baugewerbe, in den Baustoffindustrien usw. Es erscheint aber doch so, als ob auch der Konjunkturtrieb nachgelassen hat, was aus der — wenn auch nicht sehr starken — Steigerung der Arbeitslosigkeit in den Industriezweigen unseres Organisationsgebietes, die nicht von der Jahreszeit abhängig sind, geschlossen werden kann.

Innerhalb unseres Verbandes liegt die Zahl der Arbeitslosen gegen Ende Dezember ganz erheblich. Unsere Arbeitslosenstatistik erfaßte 400 819 Mitglieder, davon waren 42 068 oder 10,7 Prozent arbeitslos und 11 412 oder 2,8 Prozent arbeitslos verkurzt. Im Vormonat betrug die Zahl der Arbeitslosen nur 28 360 und die der Kurzarbeiter 8296. Wie aus der folgenden Übersicht über den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriezweigen ersichtlich ist, fällt der Hauptanteil der Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf die Gruppen „Baustoffindustrie usw.“ und „Spielwaren“:

	Von je 100 Mitgliedern											
	waren arbeitslos						arbeiteten verkurzt					
	Ende November 1927		Ende Dezember 1927		Ende November 1927		Ende Dezember 1927					
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
<b>Verband der Fabrikarbeiter insgesamt:</b>	6,9	7,0	6,9	11,2	9,1	10,7	1,7	3,1	2,0	2,8	4,6	2,8
<b>In der Industriezweige:</b>												
Chemische Industrie	5,2	7,8	5,8	6,7	8,5	7,1	1,2	3,3	2,3	2,5	7,4	3,7
Papier-Industrie	2,4	3,8	2,7	3,4	4,6	3,7	1,1	1,5	1,2	1,1	1,6	1,2
Nahrungs- und Genussmittel-Industrie	3,8	8,0	4,8	8,5	13,7	9,8	0,4	1,2	0,6	0,5	2,2	1,6
Spielwaren-Industrie	12,1	9,9	11,0	22,2	16,9	19,6	1,8	4,5	3,1	10,7	11,8	11,3
Sonstige Industrien	12,5	7,8	11,2	17,6	9,8	15,3	0,2	0,7	0,4	3,0	3,1	2,4
<b>Keramischer Bund insgesamt:</b>	8,9	6,7	8,5	15,5	9,4	14,3	2,1	2,8	2,3	2,5	3,8	2,7
a) Porzellan-Industrie	4,9	4,2	4,6	6,7	5,5	3,2	4,2	4,4	4,4	4,9	5,3	5,1
b) Glas-Industrie	7,0	4,6	6,7	8,5	5,8	8,2	1,2	0,6	1,1	1,3	1,2	1,3
c) Grobkeramik und Baustoffe	11,8	14,3	12,1	24,1	20,7	23,7	1,9	0,6	1,7	2,3	1,7	2,2

Alle Industriezweige unserer Organisation weisen eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades auf. Die stärkste Verschlechterung ist, wie schon erwähnt in der Gruppe Baustoffindustrie eingetreten, in der der Anteil der Arbeitslosen von 12,1 auf 23,7 Prozent der Mitglieder stieg. Sehr stark wuchs auch die Arbeitslosigkeit in den Gruppen „Spielwaren“ und „Sonstige Industrien“. In allen anderen Industriezweigen war die Verschlechterung des Arbeitsmarktes verhältnismäßig gering, jedoch ist die allgemeine Steigerung der Arbeitslosigkeit immerhin bedenklich und geeignet, den allzu rosenroten Optimismus in bezug auf die künftige Wirtschaftsentwicklung zu dämpfen. Den günstigsten Stand hält immer noch die Papierindustrie mit 3,7 Prozent. Die Steigerung der Kurzarbeit hielt sich in mäßigen Grenzen.

In der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit, die jetzt in unserer Arbeitslosenstatistik gemäß den Wünschen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nach Landesarbeitsamtsbezirke gegliedert

ist, herrscht die größte Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Verbandes in Westfalen mit 18,8 und in Ostpreußen mit 18,4 Prozent der Mitglieder. In beiden Fällen ist für den sehr ungünstigen Stand der Dinge die Stilllegung der Baustoffindustrie verantwortlich. Dann folgt Pommern mit 17,8, Nordmark mit 15,0, Mitteldeutschland mit 12,2 (Grobkeramik, Spielwaren), Hessen und Sachsen-Kassa mit 11,7, Rheinland 11,4, Freistaat Sachsen 10,0, Bayern 9,3, Niedersachsen 9,0, Südwestdeutschland 8,1, Schlesien 7,2 und Brandenburg mit Berlin 7,0 Prozent arbeitslose Mitglieder. Die relativ stärkste Arbeitslosigkeit hat die Baustoffindustrie in Ostpreußen mit über 50 Prozent der Mitglieder.

Auch wenn wir annehmen, daß die gesteigerte Arbeitslosigkeit nur eine Folge der jahreszeitmäßigen Schwankungen des Wirtschaftsverlaufes ist, so sind ihre Folgen für die Arbeiterschaft nicht weniger grausam und hart.

kommen, nur um durch sie einen Posten zu erreichen. Den Arbeitern fehle der ihnen gehörende Einfluß in der Partei. In der Zentrumsfraktion seien zwei Beamte vertreten. Imbusch erklärte, in weiten Kreisen hält man manchen unserer Führer nicht mehr für das, für das man ihn vor drei Jahren gehalten hat, und damit hat man recht. Der bekannte Brief von Marx verrät keinen Zentrumsgeist, keine Kollegialität; das hätte dem gleichen Mann vor fünf Jahren noch nicht passieren können. Da ist innerlich etwas anderes geworden. Der Weg vom Kandidaten des Volksblocks bis zum Kandidaten der Rechtsregierung ist weit. Die Ausrufung, die Zentrumsparlei sei keine republikanische Partei, lasse tief denken.

Auch daß man ohne Anbörderung der Fraktion Vorlagen einbringe, die die gewaltige Erhöhung der eigenen Gehälter zum Ziele haben, während man die Erhöhung der Rentien- und Invalidenbezüge als unmöglich hinstelle, sei bezeichnend.

Der Deutsche, das Organ der christlichen Gewerkschaften, schreibt unter anderem:

Was die Arbeitnehmer in den Parteien empört, ist das Fehlen einer wahren sozialen Volksgewinnung. Sie sind unwillig, weil sie immer noch als Menschen minderen Wertes angesehen werden,

sie hassen die in allen Parteien übliche scheinheilige Arbeitnehmerfreundlichkeit um der Wahlstimmen willen,

sie sind empört, daß diese Gesellschaft, wie sie sie ausdrücken, keine wahre Gemeinschaft mit den Arbeitnehmern will. Und in der Zentrumsparlei kommt sie deshalb am schärfsten zum Ausdruck, weil heute die Arbeitnehmerschaft dieser Partei die Lebensbasis gibt. Die Zeit, wo die Arbeitnehmer sich mit schönen Worten zufrieden gaben, ist endgültig vorbei.

Gegen die Zerteilung der Arbeiterbewegung in der Partei und im Staate werden sich die Arbeitnehmer mit aller Energie zur Wehr setzen.

Immer, wenn es beim Zentrum „unten“ grollte, kam die Parole „Die Religion ist in Gefahr“. Wir sind neugierig, ob dieser Trick auch diesmal wieder angewendet wird und ob er zieht.

### Verbandsnachrichten.

#### Ausschreibung.

Für unsere Rechtschutz-Abteilung suchen wir zu möglichst baldigem Antritt eine weitere geeignete und befähigte Hilfskraft.

Die Bewerber müssen Zivilrecht, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Rechtsversicherung und das Betriebsrätegesetz völlig selbstständig bearbeiten können.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen unseres Gehaltsregulativs. Die Einreichung in die Gehaltsklasse bleibt der Vereinbarung vorbehalten.

Bewerber wollen selbstverfaßte Probearbeiten einreichen über die Themen:

1. Wer ist nach dem Arbeitsgerichtsgesetz Partei bzw. kann als Kläger auftreten?
2. Welche Rechtswirkung bringt der § 394 des BGB. für die Arbeiter?

Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit werden bis zum 18. Februar 1928 an den Hauptvorstand, Adresse: August Brey, Hannover, Nikolai-Platz 7, 2. Etage, erbeten.

### Die Abrechnung für das 4. Quartal 1927 haben eingeleitet:

Gau 1: Braunschweig, Fürstentum a. d. W., Gronau, Alenburg, Minden, Osnabrück, Walsrode, Groß-Hauslingen, Groß-Rhüden, Hülse, Obernkirchen, Peine, Schilddorf, Wieselböbe, Osterode.

Gau 2: Bismark, Roggitz, Magdeburg, Staßfurt, Torgau, Osterode, Preßlau, Langensalza, Barch, Eiterwoda, Halberstadt, Calbe, Königslutter, Stendal, Annaberg, Bitterfeld, Dessau, Elbingerode, Halle, Helmstedt, Seitzfeld, Hornburg, Coswig.

Gau 3: Arnswalde, Prenzlau, Barch, Sommerfeld, Deutsch-Krone, Jätow, Freienwalde, Groß-Befen, Gransee, Herzfelde, Heegermühle, Oberberg, Jüterbog, Schönlanke, Luckenwalde, Treuenbriegen, Neumedeß, Werder, Perleberg, Jossen, Prilgalk, Rheinsberg, Schenibitz, Tschin, Trebbin, Wittenberg, Jälichau, Brandenburg, Eberswalde, Frankfurt a. d. O., Müchelnberg, Neuruppin.

Gau 4: Anklam, Swinemünde, Duderow, Stolzenberg, Gollnow, Waren, Grabow, Wolgast, Grevesmühlen, Barch, Jagnick, Falkenberg, Lauenburg, Friedland, Lebbin, Grömmen, Jarmen, Körlin, Lübb, Lade, Rostock, Neubrandenburg, Tessin, Plau, Stavenhagen, Zühow, Steffin, Warnemünde, Demmin, Wittenburg, Dramburg, Woldegk, Fiddichow, Jarnagoff, Ostrow, Leopoldshagen, Lübben.

Gau 5: Deutsch-Cyau, Königsberg, Gumbinnen, Stallupönen, Tilsit.

Gau 6: Illowitz, Hirschberg, Müllersberg, Rauscha, Breslau, Bunzlau, Liegnitz, Ratibor.

Gau 7: Freiberg, Strehla, Gersdorf, Wurzen, Heidenau, Radeberg, Leipzig, Riesa, Waldheim, Döbeln, Dresden, Großenhain, Lauscha, Penig, Radeberg, Schkeuditz.

Gau 8: Friedrichswerk, Scheibe, Waltershausen, Alna, Artern, Ellrich, Fraureuth, Oelze, Rodach, Stadtilmsfeld, Altenburg, Breitenstein, Erfurt, Hinternah, Limbach, Mülla, Rastenberg, Solthof, Suhl, Zeitz.

Gau 9: Aichaffenburg, Karstadt, Oberkohan, Schwabach, Bamberg, Forchheim, Mitterteich, Schweinfurt, Aischenthal, Trennfurt, Windsheim, Amberg, Bayreuth, Erlangen, Hohenberg, Kronach, Neumarkt, Rebnau, Thiersheim, Winkarn.

Gau 10: Fleck, Gmund, Miesbach, Schrobenhausen, Alttöfing, Neuburg, Schellenberg.

Gau 11: Baiersfurt, Würzburg, Freudenstadt, Gerabronn, Wangen.

Gau 12: Birkenfeld, Speyer, Eisenberg, Kaiserlautern, Kreuznach, Mannheim, Rheinzabern, Rockenhausen, Zweibrücken.

Gau 13: Würzburg, Höchst.

Gau 14: Wiesdorf.

Gau 15: Büchen, Radeburg, Flensburg, Harburg, Lüneburg, Westerland, Brunsbüttelkoog, Dahnemünde, Eilsbeth, Friedrichsbad, Samtgemeinschaft, Odenburg.

Gau 16: Baunten, Lünen, Bochum, Münster, Recklinghausen.

### Literarisches.

Bericht des Generalagenten über Reparationszahlungen Deutschlands vom 10. Dezember 1927. Heft 14,40 Mk. in Ganzleinenband 16 Mk. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61.

Freiheits- und Arbeiterliederbuch, zusammengestellt von August Albrecht, 64 Seiten, kartoniert 40 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Ein brauchbares Arbeiterliederbuch, mit über 100 Liedertexten, hat uns jetzt ein Praktikum zusammengestellt. Die Freiheitslieder aus den Bauernkriegen des Mittelalters, die Lieder der französischen und deutschen Revolutionen des Bürgerkriegs im 18. und 19. Jahrhundert, die Kampflieder der aufstrebenden sozialistischen Arbeiterschaft der Vorkriegszeit in Europa, als auch die neuesten Freiheitslieder der russischen Revolution und der Arbeiterschaft anderer Länder, aber auch unsere eigenen — die entstanden nach dem Kurfürst — sind beinahe lückenlos abgedruckt. Darüber hinaus enthält das Liederbuch noch „Vertrauens- und Handwerkerlieder“ und Turner- und Burschenschaftslieder. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

## ☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

### Chemische Industrie

#### Die Kaliindustrie im Jahre 1927.

Das Jahr 1927 ist in wirtschaftlicher Hinsicht für die Industrie ein Jahr des Erfolges gewesen. Schon jetzt werden in den Handelszeitungen Dividendenerhöhungen für die einzelnen Konzerne in Aussicht gestellt. Nach den Angaben der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ werden die Kali-anleihepapiere als die besten Anlagewerte der ganzen Welt bezeichnet. Das ist leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß die Gesamterlöseinnahmen des Kalisyndikats von angeblich 148 Millionen Reichsmark im Jahre 1926 auf 192 Millionen im Jahre 1927 gestiegen sind. Eine Mehreinnahme von 44 Millionen Mark bedeutet, daß jedes einzelne Werk durchschnittlich eine Million Mark mehr herausgewirtschaftet hat als im vorigen Jahre. Derartige Erfolge dürften auch nur wieder in der Kaliindustrie zu verzeichnen sein.

Man darf nun nicht etwa annehmen, daß diese günstigen finanziellen Ergebnisse allein auf den Mehrabsatz zurückzuführen sind. Das ist nicht der Fall. Der Absatz ist gegenüber dem Vorjahr nur von 10 998 733 auf 12 304 080 Doppelzentner Reinkali = 12,7 Prozent gestiegen. Die Steigerung der Mehreinnahmen dagegen beträgt rund 30 Prozent. Die am 23. Dezember 1926 in Kraft getretene Preiserhöhung von „durchschnittlich“ 10 Prozent hat sich in einer 30prozentigen Mehreinnahme ausgewirkt.

Hiergegen kann nun der Einwand erhoben werden, daß diese Rechnung nicht stimmt, weil ja ein Teil der Mehreinnahmen auf den Mehrabsatz zurückzuführen ist. Das ist richtig. Bei gleichem Nettoerlösbasis von angeblich 13,47 Mark im Jahre 1926 hätte das Kalisyndikat im Jahre 1927 eine Gesamterlöseinnahme von rund 167 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Da nun aber 192 Millionen Nettoerlöseinnahmen zu verzeichnen waren, so entfallen 25 Millionen Mark auf die Preiserhöhung. Wenn im Jahre 1926 bereits 12 Prozent Dividende gezahlt worden sind, kann man leicht erraten, wie die Dividenden für 1927 aussehen werden. In bezug auf Dividendenerhöhungen im Salzdesfurth-Werksleben-Westeregeln-Konzern werden auch bereits 15 Prozent genannt. Gleichzeitig wird aber gesagt, daß es zweifelhaft erscheint, ob Ausschüttungen in dieser Höhe erfolgen werden, weil ein stark unter öffentlicher Kontrolle stehender Industriezweig wie die Kaliindustrie die Höhe der Dividende naturgemäß auch von der allgemein geschäftlichen und industriepolitischen Lage abhängig ist. Man hat also Bedenken gegen die offizielle Bekanntgabe der hohen Dividenden. Die Konzerne werden aber schon einen Weg finden, um den Aktionären in verdeckter Form Zuwendungen zu machen, ohne daß dieses in besonders hohen Dividenden zum Ausdruck kommt.

Die Kaliindustriellen haben also ein gutes Geschäft gemacht. Die finanzielle Lage ist ausgezeichnet; dementsprechend werden auch beträchtliche Bankguthaben vorhanden sein.

Die genannten Gesamterlöseinnahmen des Kalisyndikats sind Nettoerlöseinnahmen. Demnach dürften sich die Bruttoerlöseinnahmen des Kalisyndikats auf 232 Millionen Mark stellen. 17 Prozent der Bruttoerlöseinnahmen = 39,7 Millionen Mark bekommt der Handel und ungefähr 900 000 Mark hat das Kalisyndikat für die Kalistellen und zur Verteilung der Kosten für die Kalipropaganda zu tragen. Vielleicht sind die Bruttoerlöseinnahmen noch höher, doch das läßt sich nicht so ohne weiteres feststellen. Neben der Industrie hat vor allem der Großhandel ein ansehnliches, man kann wohl sagen, das beste Geschäft gemacht. Man muß es als ein Skandal sondern gleichen bezeichnen, wenn einige Großhändler für ihre mühselige Tätigkeit den Betrag von rund 40 Millionen Mark in ihre Taschensachen. In dieser Auffassung wird man bestärkt auf Grund der Tatsache, daß 21 000 Kaliarbeiter jährlich nur annähernd soviel verdienen wie der Großhandel. Wir haben hier dieselben skandalösen Zustände wie bei der Braunkohle. Es wird notwendig sein, daß sich der Herr Reichswirtschaftsminister auch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

Der Absatz von rund 12,4 Millionen Doppelzentner Reinkali ist von ungefähr 45 Werken mit rund 21 000 Arbeitern bewältigt. Im Monat November 1927 waren nur noch 41 Werke in Förderung. Man darf annehmen, daß die Rationalisierung jetzt im gewissen Sinne zum Abschluß gekommen ist. Im Hintergrund „spukt“ zwar immer noch der Kalitrust, welcher, wenn er zustande kommen sollte, noch etwas Beunruhigung bringen dürfte. In letzter Zeit ist es davon merklich still geworden. Der Trust hat seine Befürworter und Gegner. Zu den Trustgegnern gehören der Ufshersleben-Salzdesfurth-Westeregeln-Konzern, der preussische und der anhaltische Fiskus; die Deutschen Solvaywerke, der Dr.-W.-Sauer-Konzern und die Halleschen Kaliwerke. Neufors-Friedrichshall hat sich seine Stellungnahme vorbehalten. Als eifriger Befürworter zeigen sich Wintershall und der Burbachkonzern. Wenn die Trustbildung zustande kommt, ist mit einer weiteren Stilllegung von Werken zu rechnen. Aber, erstens kommt es anders und zweitens als man denkt, sagt Wilhelm Busch. Also abwarten.

Im Jahre 1927 wurde das Problem der Mischdüngerfrage praktisch von der Chemischen Großindustrie durch die J.-G. Farbenindustrie, A.-G., gelöst. Das unter dem Namen Nitrophoska bezeichnete Düngemittel ist zwar bereits im Dezember 1926 auf den Markt gekommen, doch konnte damals Positives nicht darüber gesagt werden, weil praktische Versuchsergebnisse noch nicht vorlagen. Heute steht fest, daß sich dieses Spezialdüngemittel, welches Stickstoff, Phosphor-

säure und bis 26,5 Prozent Kali enthält, sehr gut bei der Landwirtschaft eingeführt hat. Vielfach konnten bei Befüllungen die Lieferfristen nicht eingehalten werden, so daß die J.-G. Farbenindustrie für diesen Industriezweig Betriebs-erweiterungen geplant hat. Wenn der Absatz des Nitrophoska weiter steigt, dürfte dieses nicht nur für die Kali- und Stickstoffindustrie, sondern für die gesamte Volkswirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Demnach will auch der Wintershall-Konzern, welcher zu diesem Zweck eine Verbindung mit den Rödener-Werken ausgenommen hat, die Mischdüngerefabrikation aufnehmen. Die notwendigen Vorarbeiten und ersten fabrikatorischen An-fänge sind auf der Gewerkschaft „Glück Auf“ in Sondershausen bereits im Gange. Wenn wir recht unterrichtet sind, soll, wenn günstige fabrikatorische Ergebnisse vorliegen, die Mischdüngerefabrikation auch auf anderen Werken des Wintershall-Konzerns aufgenommen werden.

Im Gegensatz zum Nitrophoska soll der Mischdünger von Wintershall nur Kali und Stickstoff enthalten. Es bleibt daher abzuwarten, welcher von den beiden Mischdüngern sich durch-



setzen wird. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schreibt dazu, daß die vom Wintershall-Konzern auf diesem Gebiet in Angriff genommenen Arbeiten keineswegs die Einleitung eines Konkurrenzkampfes gegen die J.-G. Farbenindustrie bedeuten, sondern beide Konzerne die gleichen Interessen haben (?) und daß einem späteren Zusammenwirken Schwierigkeiten kaum entgegenstehen.

Bemerkt sei in diesem Zusammenhang noch, daß nicht nur der Wintershall-Konzern, sondern auch der Konzern Friedrichshall-Neustadt mit der chemischen Großindustrie eine Verbindung eingegangen ist, welche zum Abschluß einer Verkaufsgemeinschaft geführt hat. Dieses sind die ersten Annäherungen der Kaliindustrie an die chemische Industrie, welche später zweifellos andere Formen annehmen werden. Je mehr der Weg der Kaliindustrie sich zur chemischen Industrie neigen wird, um so weniger wird mit der Bildung des Kalitrusts zu rechnen sein.

Für die Kaliarbeiter hat das Jahr 1927 die erhofften Erfolge nicht gebracht. In der Arbeitsstreikache hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen und am 29. April einen Schiedsspruch gefällt, welcher den Arbeitstagsarbeitern ab 1. August und den Fabrikarbeitern ab 1. November eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde brachte. Demnach besteht in der Kaliindustrie für die genannten Gruppen immer noch die 9 1/2 stündige Arbeits- und 11 stündige Schichtzeit. Kampfmaßnahmen zur Erreichung einer kürzeren Arbeitszeit konnten damals aus verschiedenen Gründen nicht unternommen werden.

Eine Lohnerhöhung ist im Jahre 1927 nur einmal, und zwar mit Wirkung ab 15. Juni eingetreten. Die Löhne der Arbeitstags- und Fabrikarbeiter wurden auf Grund der halbständigen Arbeitszeitverkürzung nicht in demselben prozentualen Ausmaß erhöht, wie die Löhne der Bergarbeiter. Arbeitstags- und Fabrikarbeiter bekamen eine Lohnerhöhung von 5 Prozent, Untertagsarbeiter 6,2 Prozent. Der tarifliche Schichtlohn der Fabrikarbeiter steht am Schlusse des Jahres 1927 bei 9 1/2 stündiger Arbeits- und 11 stündiger Schichtzeit auf 5 Mk., gleich 52,5 Pf. die Stunde. Das sind Löhne, wie man sie wohl in keiner anderen Industrie mehr findet.

Die Kaliarbeiter ersehen daraus, daß in bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung in der Kaliindustrie noch viel nachzuholen ist.

Die Werke sind auf Grund des gesteigerten Absatzes und der Kalipreiserhöhung sehr wohl in der Lage, eine angemessene Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen zu können. Eine Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Mehrentlohnung von 10 Prozent würde möglich sein, wenn — die Rabatte des Großhandels nur um 2 Proz. gekürzt würden.

Auf dem Wege der Verständigung wird hierbei aber weder von dem einen noch von dem anderen etwas zu erreichen sein. Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister bringen den Kaliarbeitern recht wenig soziales Verständnis entgegen, so daß die Änderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — um mit Karl Marx zu reden — nur das Werk der Kaliarbeiter selbst sein kann. Organisation ist das Zauberwort, welches gründliche Änderung schaffen kann.

Am 31. Mai kann die Lohnliste und am 31. Oktober 1928 der Manteltarifvertrag gekündigt werden. Die Kaliarbeiter haben hierbei die beste Gelegenheit, Maßnahmen zu treffen,

daß die Gewinne der Industrie und des Großhandels sich in Grenzen bewegen, die das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen.

#### Unterchleife im Leunawerk.

Im Leunawerk sind große Durchstechereien bekannt geworden. Durch Schmiergelder konnten sich Geschäftsleute Arbeiten zu guten Preisen sichern. Die Leunawerke sollen dadurch um einige Millionen Mark geprellt worden sein. Die Direktion bestreitet, daß die Unterchleife diese Höhe erreichen und weist die Angaben zurück, wonach an der Korruption auch Direktionsmitglieder beteiligt sein sollen. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Aufklärung dieser Korruptionsfrage beschäftigt.

Die Arbeiter des Leunawerks müssen sich bekanntlich einer eingehenden menschenunwürdigen Kontrolle unterziehen, damit sie nicht etwa Pfennigwerke der Firma veruntreuen. Wo es sich um Millionenbetrügereien handelt und höhere Angestellte an diesen Betrügereien beteiligt sind, ist eine solche Kontrolle nicht angebracht. Hoffentlich bringt es die „ausgleichende Gerechtigkeit“ nicht mit sich, daß sich sämtliche Arbeiter des Leunawerks von nun an bei der „alten“ Kontrolle bis auf das Abwaschküßchen zu entkleiden haben. Die Betrügereien sollen bis in die Inflation zurückreichen. Und von so ein paar lumpigen Millionen hat die Firma gar nichts gemerkt.

#### Der englisch-russische Ölkauf.

Der große Kampf des unter Leitung des „Napoleons“ Sir Henry Deterding stehenden englisch-holländischen Oils Trusts Royal Dutch Shell mit dem russischen Öl wird bekanntlich an allen Fronten geführt. Der Shell-Trust macht überall verzweifelte Anstrengungen, das russische Öl vom Weltmarkt zu verdrängen, die aber bisher selbst auf dem hauptsächlichsten Kampfbereich, in England, nur von geringem Erfolge begleitet waren. Das russische Öl hat einen mächtigen Bundesgenossen im amerikanischen Standard Oil-Trust gefunden, der Rußland große Mengen abnimmt und selbst vertreiben will. Neben Ägypten und die Türkei, die auf diesem Umweg mit russischem Öl beliefert werden sollen, tritt jetzt Indien, ein sehr wichtiges Absatzgebiet des Shell-Trusts. Um den Kampf mit dem russisch-amerikanischen Öl erfolgreicher zu führen, hat jetzt der Shell-Trust eine Zusammenlegung seiner Verkaufsorganisationen mit dem großen Burma-Oil Trust, zu dem er seit vielen Jahren Beziehungen hat, beschlossen. Es ist wohl möglich, daß diese Zusammenarbeit letzten Endes zu einer Verschmelzung der beiden Oils Trusts Shell und Burma führen wird. Gesteitert ist die Verdrängung des russischen Öls sowohl aus Frankreich wie aus Spanien, Ländern, in welchen ein Einfuhrmonopol geschaffen wurde (Spanien), bzw. die Petroleumzufuhr einer staatlichen Kontrolle unterworfen werden soll (Frankreich). Die Beseitigung des spanischen Petroleummonopols soll weiter zum Teil mit russischem Öl erfolgen, während in Frankreich demnach eine franko-russische Gesellschaft (vielleicht mit Beteiligung des französischen Staates) gebildet werden soll, um die Einfuhr russischen Erdöls und russischer Petroleumprodukte zu fördern. Soweit es sich bisher überblicken läßt, hatte die Propaganda des Shell-Trusts zur Verdrängung des russischen Öls allein in Griechenland einen Erfolg, wo die griechische Regierung den Vertrag mit dem russischen Naphtasyndikat gekündigt hat. Der Shell-Trust hat sich dabei zu großen Zugeständnissen bequemen müssen. Auch steht das Verhalten der griechischen Regierung wahrscheinlich mit neuen englischen Anleihen, die sie demnach erhalten soll, in Zusammenhang.

#### Generalversammlung des Chemietrusts.

Die Generalversammlung der J.-G. Farbenindustrie am 14. Januar 1928 war eine bisher unerreichte Glanzleistung. In 20 Minuten konnte der Vorsitzende, Herr Geheimrat Professor Dr. Quisberg, die Aufnahme einer Anleihe von 250 Millionen Reichsmark beschlußmäßig durchsetzen und einen Bericht über die Geschäftslage geben.

Nach diesem Bericht hat sich das Geschäft in allen Zweigen gut entwickelt. Die 250-Millionen-Anleihe ist nötig zur Finanzierung des stark gestiegenen Geschäfts und zum Ausbau neuer Produktionen, insbesondere der Kohlenverflüssigung.

Nach dem Bericht geht die J.-G. Farbenindustrie mit ihrer Kunstseideproduktion an zweiter Stelle in Deutschland. Eine Ausweitung der Kunstseideproduktion ist im Gange. In der Kunstseidefabrik Wolfen werden pro Tag 5000 Kilogramm hergestellt. Drei weitere Fabriken, die von Köln-Rottweil übernommen wurden, befinden sich im Ausbau und sollen ebenfalls täglich 5000 Kilogramm produzieren. Acetatseide wird jetzt im Berliner Betrieb hergestellt, und zwar täglich 2000 Kilogramm. Auch diese Produktion soll auf 5000 Kilogramm pro Tag erhöht werden. Ferner widmet sich die J.-G. Farbenindustrie der Acetylzellulose-Herstellung, wovon gleichfalls täglich 5000 Kilogramm fertiggestellt werden sollen.

Bei dieser glänzenden Geschäftslage kann die J.-G. Farbenindustrie den Leunawindel von einigen Millionen Mark Verlust leicht verschmerzen.

#### Explosion in den Leunawerken.

Am Sonnabend, dem 14. Januar, ereignete sich in den Leunawerken eine Kohlenstaubeexplosion. Aus dem Gebäude der Winkler-Generatoren schlug eine riesige Stichtamme empor, wodurch zwei Mann der Belegschaft verletzt wurden. Die Arbeiter nahmen verdrängte Gerüche im Betrieb wahr und stürzten schleunigst aus den Betriebsräumen, so daß größeres Unheil verhütet wurde. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Direktion der Leunawerke war ängstlich bemüht, diesen Unglücksfall zu verheimlichen; Mißtraue der Belegschaft wurde am Unglückstage von dem Unfall nicht benachrichtigt.

Papier-Industrie

Die Bedeutung des 1. Februar 1928.

Für die Arbeiterchaft in der deutschen Papiererzeugungsindustrie hat der 1. Februar 1928 seine besondere Bedeutung. Der zwischen dem Ostpreussischen Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe, Sitz Königsberg, einerseits, und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau V, Sitz Königsberg, andererseits, am 19. Juli 1927 abgeschlossene Tarifvertrag für die Provinz Ostpreußen bestimmt in seinem § 2 Abs. 1 folgendes:

Die Betriebe der ostpreussischen Zellstoffindustrie haben sich bis zum 1. Februar 1928 auf drei Schichten umzustellen mit der Maßgabe, daß als Schichtarbeiter alle im Innenbetriebe beschäftigten Arbeiter von den Holzausladern aufwärts gelten und daß alle im Außenbetriebe und in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter als Tagesarbeiter gelten.

Der am 12. Juli 1927 durch Schiedspruch der Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums zustande gekommene Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papiererzeugungsindustrie, der das ganze Reich mit Ausnahme der Provinz Ostpreußen umfaßt, wurde durch Entscheid des Reichsarbeitsministers vom 22. Dezember 1927 ab 1. Dezember 1927 für allgemeinverbindlich erklärt und gilt deshalb auch für die Arbeitgeber, die dem Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, Sitz Charlottenburg, nicht angehören. Die Protokollnotiz zu § 2 des G.V. bildet einen Bestandteil des Reichstarifvertrages und ist infolgedessen ebenfalls allgemeinverbindlich. Nach dieser Protokollnotiz hat die Einführung des Dreischichtensystems bis zum 30. September 1927, in Ausnahmefällen bei nachweisbarem Facharbeiter- oder Wohnungsmangel spätestens am 31. Dezember 1927 zu erfolgen.

Die Bedeutung des 1. Februar 1928 liegt deshalb für die Arbeiterchaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie darin, daß in sämtlichen Betrieben das Dreischichtensystem und damit für die kontinuierlich laufenden Betriebsteile der Achtstundentag wieder eingeführt und das mörderische Zweischichtensystem mit seiner täglich 12stündigen Arbeitszeit beseitigt ist. Damit ist ein Teil des Unrechts, das durch die Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 an der Arbeiterchaft der deutschen Papiererzeugungsindustrie begangen wurde, wieder aufgehoben.

Allzu leicht haben die beide in Frage kommenden Arbeitgeberverbände und deren Mitglieder die Wiedereinführung des Dreischichtensystems der Papierarbeiterchaft und deren Gewerkschaftsorganisationen nicht gemacht. Bei allen Verhandlungen, die über diese Frage geführt wurden, gleichgültig ob sie zwischen den Tarifvertragsparteien oder vor Behörden und sonstigen staatlichen Einrichtungen stattfanden, immer wieder wiesen die Unternehmer auf die Produktionshinderung hin, die das Dreischichtensystem im Gefolge haben müsse. Die wirklichen Verhältnisse haben diese Einwände längst als überholt bekräftigt.

In diesem Zusammenhang ist es dennoch interessant darauf zu verweisen, daß diese produktionshindernden Einwände von den Arbeitgebern stets erhoben wurden, sobald der Gesetzgeber es wagte, produktionsregelnd eingzugreifen. Dazu folgendes Beispiel: Am 1. Januar 1910 trafen die neuen Vorschriften der Reichsgewerbeordnung in Kraft, die für Arbeiterinnen die 10stündige Arbeitszeit und den früheren Arbeitslohn an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage gesetzlich festlegten. Ditzes, der damalige Generalsekretär des Vereins Deutscher Papierfabrikanten und des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier- und Zellstoffindustrie, veranlaßte aus diesem Anlaß eine Rundfrage bei seinen Mitgliedern. Das Ergebnis derselben ist im Geschäftsbericht des Vereins Deutscher Papierfabrikanten für 1910/1911 wiedergegeben. Ein kleiner Teil der Firmen berichtete, daß Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden; ca. 40 Prozent der an der Berichterstattung beteiligten Firmen erklärten, den Zehnstundentag bereits eingeführt zu haben; während der Rest von ca. 50 Prozent den gesetzlichen Zehnstundentag für Arbeiterinnen als eine Katastrophe für die Papiererzeugungsindustrie ansah. Der erwähnte Geschäftsbericht führt dazu folgendes an:

Die Kräfte Mitglieder sprechen sich, und zwar teilweise mit großer Entschiedenheit, gegen die zehnstündige Arbeitszeit aus. Da es unendlich wäre, daß in zehn Stunden soviel gearbeitet werden wie früher in der längeren Arbeitszeit, so wäre eine nicht unerhebliche Verminderung der Warenerzeugung eingetreten, immer vorausgesetzt, daß die Arbeiterinnen direkt in der Erzeugung und nicht etwa als Sortierinnen oder dergl. beschäftigt würden, obwohl die Beförderung der Arbeitszeit auch hier sehr lästig und schmerzhaft wäre. Da die männlichen Arbeiter gewöhnlich Hand in Hand mit den weiblichen tätig wären, so würde die Arbeit der männlichen Arbeiter mit dem Aufhören der weiblichen Arbeit vielfach brachgelegt. Für die Fabriken, die sich auf der Höhe ihrer früheren Erzeugung halten wollten, wären die Folgen der neuen Bestimmungen Lohnsenkungen, Entlassung von Arbeiterinnen, Überstunden für die männlichen Arbeiter, ja sogar die Anschaffung neuer Maschinen. Nicht zuletzt wäre auch zu befürchten, daß sich auch bei den männlichen Arbeitern früher oder später die Neigung zeigen würde, eine gleiche Verkürzung der Arbeitszeit auch für sich zu beanspruchen. Im Übrigen wären die Arbeiterinnen selbst aus meistenten unzufrieden mit den neuen Bestimmungen, die für sie nicht unerhebliche Lohnsenkungen bedenkten.

Man braucht nach diesen Ausführungen nicht besonders darauf hinzuweisen, daß der damalige Arbeitgeberverband dieselbe Stellungnahme zum Zehnstundentag für Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage eingenommen hat. Die Entwicklung der tatsächlichen Produktionsverhältnisse bis zum Ausbruch der Revolution haben bewiesen, daß Generalsekretär Ditzes, wie in allen Arbeiterfragen, so auch in der Frage des Zehnstundentages für Arbeiterinnen, bei seiner

wirtschaftspolitischen Beurteilung dieser Frage die sozialpolitischen Scheuklappen vor Augen hatte.

Ditzes ist längst gegangen, der Arbeitgeberverband für die Deutsche Papiererzeugungsindustrie hat sich „reformiert“, die sozialpolitischen Scheuklappen sind geblieben. Sie werden weiterhin in Wirkamkeit treten, wenn die Frage reif wird, für die Gesamtarbeiterchaft der Papiererzeugungsindustrie den Achtstundentag wieder entweder gesetzlich oder tarifvertraglich zur Einführung zu bringen. Die tatsächliche Entwicklung der Produktionsverhältnisse hat längst bewiesen, daß die Forderung nach dem Achtstundentag nicht nur von sozialpolitischer, sondern vor allen Dingen auch von wirtschaftspolitischer weil produktionsfördernder Bedeutung ist.

G. Stähler.

Scheimmschramerei in der Tapetenindustrie.

Unter der Überschrift: „Gibt es Geheimnisse in den deutschen Tapetenfabriken?“ veröffentlicht Karl Mickisch einen Aufsatz in dem Fachblatte „Die Tapete“ Nr. 24/1927, worin er u. a. ausführt:

Da es nicht angängig ist, in einem fachlichen Aufsatz nur ein bestimmtes Produkt zu besprechen, sollten alle Sonderprodukte in mehr oder weniger großer Ausführlichkeit angeführt werden. Ich habe den Tapetenfabrikanten Anheim gestellt, mir über die besonderen Eigenschaften des jeweiligen Produktes und auch über die Erfahrungen bei der Verarbeitung sachdienliche Auskünfte zu erteilen. Daß hierbei das gebührende Fabrikationsgeheimnis nicht in allen Einzelheiten hätte erläutert werden müssen, ist ohne weiteres unmöglich falsch verstanden worden sein, um so bezeichnender ist die Nichtbeantwortung meiner Anfrage. Von zwei Ausnahmen abgesehen, haben es 38 Fabriken nicht für notwendig gehalten, meine fachliche, sachliche und wohliger. in te Anfrage zu beantworten. Soweit es mir möglich war, persönlich mit einigen Herren in Führung zu treten, wurde mir rundweg erklärt, daß die Beantwortung einer Preisgabe von Fabrikationsgeheimnissen gleichgültig und daß unter keinen Umständen darauf zu rechnen wäre. Diese Auffassung teilen anscheinend sämtliche Tapetenfabrikanten, weil ihnen vollständig unbekannt ist, was der Verbraucher ihres Produktes bei der Privatkundschaft alles wissen sollte. Gerade bei den besseren Produkten will die Kundschaft nicht nur über die im Prospekt bekanntgegebenen und oft allzu dick aufgetragenen Vorzüge orientiert sein, sie will auch wissen, worauf sich diese mitunter fast ungläublichen Vorzüge begründen, und jetzt frage ich die Tapetenfabrikanten, ob es vielleicht vorteilhafter ist, daß jeder einzelne Tapeziermeister oder Tapeziergehilfe der Kundschaft einfach aus der Phantasie heraus irgendetwas über den Werkstoff erklärt oder ob er auf Grund einer sachlichen und sachlichen Belehrung über die hauptsächlichsten Merkmale orientiert ist. Gerade zu dem Gehilfen, der schweigsam und emsig seine Arbeit verrichtet, hat die Privatkundschaft oft ein ungleich größeres Vertrauen, als zu der über-großen Redekunst des Herrn Verkäufers. Wie viel hundert Male bin ich in meinem Leben von der Kundschaft nach der Zusammen- setzung, der Fabrikation und dem zu erwartenden Anseheffekt des Materials gefragt worden! Ich weiß aber auch, daß von weniger erfahrenen Gehilfen oft ganz bedenkliche Antworten in solchen Fällen erteilt worden sind. Daß sich solch ungenügendes oder falsches Wissen zum Nachteil der Branche auswirken muß, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Dieser Krämergeist hat bisher eine Verständigung in der Musterkartenfrage verhindert. Er ist schuld daran, daß die Rationalisierung der deutschen Tapetenindustrie heute noch in den Windeln liegt. Er hat bisher eine großzügige Verteilung der Aufträge und damit eine Steigerung und Verbilligung der Produktion ohne Arbeitszeitverlängerung verhindert. Es ist derselbe Geist, der bei den Tarifverhandlungen seinen Ausdruck in den Forderungen der Unternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit und Niedrighaltung der Löhne findet.

G. Stähler.

Kapitalistische Planwirtschaft.

Als das deutsche Reichswirtschaftsministerium Wiffel-Wöllendorf nach der Revolution die staatliche Planwirtschaft propagierte, da wurde diese Maßnahme nicht nur von den deutschen, sondern auch von den ausländischen Kapitalisten als eine verrückte volkswirtschaftliche Idee bezeichnet. Die leisen Anläufe in dieser Beziehung, die ihren Anfang fanden in der Außenhandelskontrolle wurden dem Ansturm der Unternehmer auch bald wieder geopfert. Die Außenhandelsstellen, deren Zweck es war, das Verschwinden des deutschen Volksvermögens zu mildern, wurden wieder abgebaut, da den Unternehmern die Mitarbeit der Gewerkschaften in diesen halbamtlichen Institutionen unangenehm war. In deren Stelle traten die reinen Unternehmerrundungen, die Kartelle, Syndikate, Verkaufsvereinigungen usw. Damit waren die Industriellen wieder schon unter sich.

Und doch beweisen die Vorgänge im Anstande, daß die planlose reinkapitalistische Wirtschaft zur Gefährdung der Industrie und des Unternehmenserfolgs führt; deshalb Unternehmerverbände. Die Gründung des

Schwechslowakischen Papierkartells

beweist diese Tatsache erneut. In der Nr. 50 des Wochenblattes für Papierfabrikanten, Jahrgang 1927, schreibt über diese Institution ein „A.“ folgendes:

Sie basiert vor allem auf einer Kontingenzierung; die Quoten sind also festgelegt und die Verkaufsfähigkeit der Papierfabriken durch die Verträge genau geregelt. Die Verschiedenheiten im Beschäftigungsgrad sind schon heute unbedeutend, obwohl die Durchführung der vor der im April erfolgten Gründung des Verkaufsbüreaus eingegangenen Lieferungsverpflichtungen den Ausgleich der Beschäftigungsquote schwieriger gefälscht, als dieses in den folgenden Jahren der Fall sein wird.

Über die bis jetzt eingetretene Wirkung dieses Kartells berichtet die „Papierzeitung“, Nr. 1/1928, folgendes:

Das gemeinsame Verkaufsbüreau der Papierindustrie hat sich in den bisherigen Monaten seines Bestehens gut bewährt, 60 Prozent der Erzeugung können im Inland abgesetzt werden. Die früher üblichen Unterbietungen sind verschwunden, der schwedische Papiermarkt erfreut sich einer gewissen Festigkeit und Ruhe. Der Zusammenstoß der Papierfabriken soll weitere Rationalisierung zur Folge haben.

Die gleichen Bestrebungen haben in den skandinavischen Staaten zu einer

Einschränkung der Holzschlifferezeugung in den nordischen Ländern

geführt. Darüber berichtet die „Papierzeitung“, Nr. 1/1928, folgendes:

Unmittelbar vor Weihnachten wurde zwischen den schwedischen, norwegischen und finnischen Holzschlifferezeugern ein Abkommen bezüglich Einschränkung der Erzeugung getroffen. Durch das neue Abkommen hofft man einen normalen Geschäftsgang und höhere Preise für 1928 zu erreichen.

Erfahrungsgemäß wirken sich derartige Vereinbarungen und Kartellierungen durch Erhöhung der Inlandsmarktpreise und durch Erhöhrpreise auf dem Weltmarkt aus. Diese Erfahrungen büßen jedoch in der Schwedisch-Norwegischen, wie auch in den skandinavischen Staaten auf Grund der erfolgten Unternehmerrundungen gemindert werden.

G. Stähler.

Frauenfragen.

Arbeiterinnenkonferenz des Gaus 12.

Am Sonntag, dem 15. Januar 1928, vormittags 10 Uhr, tagte im Großen Mäpserhof in Mannheim eine Konferenz der Arbeiterinnen des Gaus 12. Zur Tagesordnung stand:

- 1. Frauenerwerbsarbeit und die Aufgaben der Frau in der Gewerkschaft. Referentin: Koll. Rabe-Zammerl (Hannover).
2. Stellungnahme zur Schaffung einer Agitationskommission im Gau 12.
3. Sonstiges.

Vertreten waren vier Zahlstellen mit 55 delegierten Kolleginnen, und zwar Mannheim mit 47, Heidelberg mit 2, Ludwigshafen mit 3 und Saarbrücken mit einer Kollegin. Zahlstellenvertreter waren anwesend von Mannheim, Ludwigshafen, Hieselhausen (Zahlstelle Heidelberg) und Ludoburg. Die Industrien waren vertreten:

Table with 2 columns: Industry name and number of delegates. Includes: Chemische Industrie (22), Gummiindustrie (2), Zündholzindustrie (2), Papierindustrie (2), Margarineindustrie (2), Zuckerindustrie (1), Porzellanindustrie (1), Ziegelindustrie (2), sonstige Industrien (19).

Bei Beginn kam durch Ellbrief die Nachricht, daß die Kollegin Rabe durch plötzliche Erkrankung am Erscheinen verhindert sei. Was eine große Enttäuschung hervorrief. Kollege Gausleiter Schreiber übernahm das Referat, an welches sich eine ausgiebige, recht sachliche Diskussion knüpfte. An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Schnellfuß, Rapp, Schorff und Rektenwald. Letztere überbrachte gleichzeitig die Grüße der Saararbeiterinnen und der Mitglieder von Saarbrücken. Einmütig wurde die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß allgemein mit der Agitation und Organisationsarbeit eingeleitet werden muß. Mitarbeiterinnen müssen in allen Betrieben gewonnen und Agitationskommissionen nach Industrien, Zahlstellen und im Gau gebildet werden, die sich der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern widmen müssen. Nach 1 Uhr schloß Kollege Gausleiter Schreiber die sehr anregend verlaufene Konferenz.

Berichte aus den Zahlstellen.

Ludwigshafen. Sie schänden den Begriff „Christlich“. Das Mitteilungsblatt „Südwestwacht“ des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter entwickelt sich zu einem Verleumdungsblattchen ersten Ranges nach dem Muster des früheren Reichslügenverbandes. Die Spalten der „Gewerkschaftsstimme“ will man wahrscheinlich deshalb nicht damit belassen, weil die Verleumdungen im geheimen besser möglich sind. Die erste Seite der Nummer 12 der „Südwestwacht“ ist der Christnacht und dem Frieden der Menschen gewidmet. Wie der „Friede der Menschen“ gehandhabt werden soll, beweist der Verantwortliche auf Seite 2, wo er seine Märchen gegen die freien Gewerkschaften losläßt. Was auf der ersten Seite und zum Teil auch auf der ersten Hälfte der zweiten Seite steht, hat er bereits auf der zweiten Hälfte der zweiten Seite vergessen. In Rheingabern soll im Jahr 1927 ein Kollege wegen seiner christlichen Gesinnung, trotzdem er dem Rhein-Fabrikarbeiterverband angehört, befristet worden sein, so daß er sich gezwungen sah, zum christlichen Verbande überzutreten. Davon ist natürlich in Rheingabern niemanden etwas bekannt. Aber was tut es? Für den Verantwortlichen besteht der Seelenfrieden auch am heiligen Weihnachtsfest nicht. Wer wirklich christlich ist, wie der Verantwortliche sein will, darf doch kein falsches Zeugnis reden wider seinen Nächsten, um ihre Mitglieder zu halten oder neue zu gewinnen. Organisationen, die solche Agitationsmethoden anwenden müssen, haben keine Erziehungsberechtigung. Die Gewerkschaften haben wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als sich um die religiöse Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu kümmern. Sind denn die Arbeitgeber nach religiösen Anschauungen gespalten? Für die Arbeitgeber spielt die religiöse Anschauung im Wirtschaftsleben keine Rolle; das finanziell-wirtschaftliche Interesse steht ihnen höher. Weshalb soll dies bei den Arbeitern anders sein? Damit sie durch diese fanatische religiöse und politische Spaltung dem Unternehmertum fast wertlos angeteufelt werden? Möge dieser Verantwortliche auch fernerhin Seelenfrieden, Verleumdung und Unwahrheit in einem Topf mischen. Er möge sich aber auch merken, nicht derjenige ist ein guter Christ, der das Wort „christlich“ bei allen Gelegenheiten im Munde führt und recht undrücklich handelt. Wir bewenden den Verantwortlichen der „Südwestwacht“ um seine christlichen Selbstenfaten nicht. Wenn Christus sich seiner Zeit so benommen hätte wie der hier zitierte „Verantwortliche“, dann gäbe es keine Menschenliebe, wohl aber fanatischen Haß im Übermaß. F. S.

Literarisches.

Die beste kommunistische Zeitschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land ist „Die Gemeinde“. Das 2. Januar-Heft bringt eine instruktive Artikel über den „Reichsfinanzausgleich“, eine Abhandlung über die Wirtschaftlichkeit kommunaler Werke, außerdem viel brauchbares Material über die Auflösung der Ostbezirke, Landarbeiterwohnungsbaun usw. - Bezugspreis monatlich 90 Pfennig. Bestellungen bei jeder Postanstalt oder direkt beim Verlag J. H. W. Dieß Nachflg. Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

G. Marx, Aus der Welt des Sozialismus. Band 255 der Weltgeist-Bücher. Ein guter Kenner der deutschen Arbeiterbewegung hat in diesem Bändchen einige wissenschaftlich tiefgründende Arbeiten vereinigt. Auf Grund seiner umfassenden, vielfach aus schwer zugänglichen Quellen schöpfenden Forschung zeichnet Mayer Porträts von Marx, Engels, Casselle, Wih. Liebknecht und bewährt dabei ebenso seine eindringliche Psychologie wie seinen historischen Weitblick.

260 Nummern zählt heute bereits die Weltgeist-Bücherei. Hier treffen wir die besten Namen der modernen und der klassischen deutschen Literatur neben denen der Weltliteratur. Der Preis des vorliegenden Bändchens in Ganzleinen gebunden beträgt 0,65 Mark. Die Weltgeist-Bücher sind zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14, Insestraße 6a.

Ferdinand Casselle, Offenes Antwortschreiben. Band 258 der Weltgeist-Bücher. Casselles schonungsvolle und gedankenreiche Beredsamkeit stellte in diesem „Antwortschreiben“ der deutschen Arbeiterbewegung praktische und geistige Ziele auf, deren Bedeutung auch seine Gegner anerkennen müssen. Die ausführliche Einleitung Dr. F. Hertnacks würdigt die Wichtigkeit der Schrift Casselles für die moderne Gewerkschaftsbewegung. Die Solidität und Schönheit der Ausstattung verdient bei dem außerordentlich billigen Preis besondere Anerkennung. Diese gebiegene, durch treffliche Auswahl ausgezeichnete Bücherei ist um so mehr zu begrüßen, als sie auch dem Lebensbedürfnis des mit kleinem Gehaltel Bezahlten entgegenkommt. Preis in Ganzleinen gebunden 65 Pf. Die Weltgeist-Bücher sind zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Insestraße 6a. Ausführliche Verzeichnisse stehen Interessenten in jeder Zahl kostenlos zur Verfügung.

„Kulturwille“, Heft 1, 5. Jahrgang, „Sport“. Der fünfte Jahrgang des „Kulturwillens“ beginnt verheißungsvoll mit einem Sonderheft „Sport. Körperkultur“. Gymnastik, Tanz, Turnen, Sport und Radsport werden in überaus fesselnden Einzelaufgaben behandelt. Der „Kulturwille“ ist eine der interessantesten Bildungszeitschriften der Arbeiterchaft. Bei dem geringen Abonnementpreis von vierteljährlich 75 Pf. kann jeder kulturell interessierte Arbeiter Leser des „Kulturwillens“ sein. Bestellungen bei jedem Postamt oder in den Volksbuchhandlungen. Der vierte Jahrgang des „Kulturwillens“ ist zum Preise von 4,50 Mk. für den Ganzleinenband durch die Volksbuchhandlungen oder, wo keine am Orte, durch den Verlag zu beziehen.